

N i e d e r s c h r i f t

über die 35. - öffentliche - Sitzung

des Ausschusses für Inneres und Sport

am 18. Januar 2024

Hannover, Landtagsgebäude

Tagesordnung:

Seite:

1. **Unterrichtung durch die Landesregierung über polizeiliche Einsatzlagen**
 - a) **Ereignisse Jahreswechsel 2023/2024**

Unterrichtung 3

Aussprache 6
 - b) **Bauerndemonstrationen**

Unterrichtung 12

Aussprache 14
 - c) **polizeiliches Einsatzgeschehen Leinemasch**

Unterrichtung 16

Aussprache 20
2. **Unterrichtung durch die Landesregierung zur Hochwasserlage in Niedersachsen**

Unterrichtung 23

Aussprache 29

Anwesend:

Ausschussmitglieder:

1. Abg. Doris Schröder-Köpf (SPD), Vorsitzende, zeitw. vertr. durch Abg. Birgit Butter (CDU)
2. Abg. Antonia Hillberg (i. V. d. Abg. Deniz Kurku) (SPD)
3. Abg. Gerd Hujahn (i. V. d. Abg. Alexander Saade) (SPD)
4. Abg. Julius Schneider (SPD)
5. Abg. Ulrich Watermann (SPD)
6. Abg. Rüdiger Kauroff (i. V. d. Abg. Sebastian Zinke) (SPD)
7. Abg. André Bock (CDU)
8. Abg. Saskia Buschmann (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
9. Abg. Birgit Butter (CDU)
10. Abg. Lara Evers (CDU)
11. Abg. Alexander Wille (CDU) (per Videokonferenztechnik zugeschaltet)
12. Abg. Michael Lühmann (GRÜNE)
13. Abg. Nadja Weippert (GRÜNE)
14. Abg. Stephan Bothe (AfD)

Als ZuhörerIn oder Zuhörer (§ 94 GO LT):

Abg. Alexander Saade (SPD).

Von der Landtagsverwaltung:

Regierungsrat Biela.

Niederschrift:

Regierungsrätin Harmening,
Regierungsrätin March-Schubert, Stenografischer Dienst.

Sitzungsdauer: 14.02 Uhr bis 16.07 Uhr.

Tagesordnungspunkt 1:

Unterrichtung durch die Landesregierung über polizeiliche Einsatzlagen

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Herr Leopold wird im Folgenden zu insgesamt drei Themenbereichen berichten: über die polizeiliche Einsatzlage zum Jahreswechsel, über das polizeiliche Einsatzgeschehen im Zusammenhang mit den Protesten der Landwirte und über die polizeilichen Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Ausbau des Südschnellwegs und dem damit einhergehenden Protestgeschehen.

Ich möchte mich eingangs im Namen des Ausschusses bedanken. Ich glaube, die Polizei ist mit gewissem Stress durch das vergangene Jahr gekommen - ich denke dabei auch an die Demonstrationen im Zusammenhang mit der Situation in Israel bzw. Palästina und an viele andere Einsatzlagen und schwierige Situationen, die zu bewältigen waren. Die Begleitung dieser Einsatzgeschehen ist für die Kolleginnen und Kollegen der Polizei ein großer Aufwand, insbesondere bei den derzeitigen Temperaturen.

Den Einsatz in der Leinemasch habe ich mitverfolgt, und ich möchte mich persönlich und im Namen meiner Fraktion für die Umsicht und die Klugheit bedanken, mit der auch dieser Einsatz gemeistert wurde.

LPD **Leopold** (MI): Der Jahresbeginn war durchaus anstrengend. Über diese drei Einsätze hinaus hatte die Polizei in den ersten zwei Wochen des neuen Jahres einen sehr umfangreichen Einsatz in Göttingen zu bewältigen. Wir haben zudem zusätzlich zum normalen Geschäft Seite an Seite mit der Feuerwehr an der Hochwasserlage - Verkehrsregelungsarbeiten und Ähnliches - zu tun gehabt. Das waren Einsätze, die nicht alltäglich sind und nicht trivial waren für die Polizei. Wir haben auch umfangreich Kräfte aus der Bundespolizei und anderen Bundesländern einsetzen müssen, weil wir das in der Dichte gar nicht alles bewältigen konnten.

a) Ereignisse Jahreswechsel 2023/2024

Unterrichtung

LPD **Leopold** (MI): Ich komme nun zu den Ereignissen rund um Silvester. Wir alle können uns sicherlich noch gut erinnern, dass es insbesondere im Nachgang zum Jahreswechsel von 2022 auf 2023 auch in Niedersachsen zu einer intensiven Befassung mit dem Thema „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ gekommen ist. Diese Befassung war deutlich umfangreicher als in den Vorjahren. Ich denke auch an die Ereignisse in Berlin.

Unabhängig von Silvester ist in den vergangenen Jahren immer häufiger und in unterschiedlichen Ausprägungen zu beobachten, dass Gewalt gegen Rettungskräfte, Polizei, Feuerwehr und andere Einsatzkräfte ausgeübt wird. Insofern ist es folgerichtig, dass die notwendige Befassung gesamtgesellschaftlich und nicht nur vonseiten der Betroffenen erfolgt. Das ist auch erfolgt. Gerade im vergangenen Jahr haben wir uns mehrfach zu dieser Thematik ausgetauscht, hier im Landtag, aber auch im Rahmen einer Tagung zusammen mit der Feuerwehr. Gestern hat unter der Leitung der Feuerwehr und dem Landesbranddirektor, Herrn Rohrberg, auch wieder eine

solche Tagung stattgefunden. Wir haben uns zusammengesetzt und erörtert, welche Möglichkeiten wir haben, damit umzugehen.

Die Feierlichkeiten zum Jahreswechsel 2023/2024 in Niedersachsen waren im Wesentlichen vergleichbar mit dem Vorjahr sowie den vorangegangenen Jahren. Sie hatten einen zwar einsatzintensiven, aber weitestgehend störungsfreien Verlauf. Vor allem in den Abend- und Nachtstunden kam es landesweit zu zahlreichen polizeilichen Maßnahmen im Rahmen veranstaltungstypischer Einsatzlagen wie zum Beispiel Körperverletzungen, Sachbeschädigungen, Bränden und Streitigkeiten.

An zahlreichen Orten kam es zu unsachgemäßem Umgang mit Feuerwerkskörpern, der Verwendung von in Deutschland nicht zugelassener Pyrotechnik sowie zu Gewaltdelikten, auch zum Nachteil von Einsatzkräften der Feuerwehr und des Rettungsdienstes sowie der Polizei. Örtliche Schwerpunkte bildeten hierbei, wie im vergangenen Jahr, der Innenstadtbereich von Hannover sowie Garbsen und Laatzen. Aber auch an anderen Örtlichkeiten wie in Göttingen oder in Hameln kam es zu Ausschreitungen. Dazu komme ich gleich.

Im Vorfeld des Jahreswechsels 2023/2024 erfolgte ein sehr enger Austausch zwischen dem Landespolizeipräsidium und den Polizeibehörden. Wir haben uns vorher auf die Lage eingestellt. Einsatzkonzepte wurden frühzeitig erstellt und auf die jeweiligen Lagekenntnisse hin immer wieder entsprechend angepasst und ausgedehnt. Das ist ein übliches Verfahren. Da damit zu rechnen war, dass die bekannten Treffpunkte - insbesondere in den größeren Städten - um Mitternacht stark frequentiert werden, wurden auch entsprechende Kräftekonzepte entwickelt. An identifizierten möglichen Brennpunkten sind die Polizeidienststellen mit den örtlich zuständigen Verwaltungsbehörden in den Austausch gegangen, insbesondere zur Anordnung von Feuerwerkverbotszonen, wie zum Beispiel in der Peiner Südstadt und in der hannoverschen Innenstadt. Das haben wir im Vorfeld präventiv besprochen.

Darüber hinaus haben Polizeidienststellen anlassbezogen Präventionsmaßnahmen ergriffen - auch ganz konkrete Maßnahmen an dem Abend - und auf Basis örtlich durchgeführter Lagebewertungen eine vermehrte Bestreifung an den Punkten vorgenommen, an denen aufgrund langjähriger Erfahrungswerte mit Ansammlungen von größeren Personengruppen zu rechnen war, aus denen heraus Straftaten begangen werden.

Ein wichtiger Aspekt war diesmal, im Vorfeld zum Jahreswechsel einen proaktiven Kontakt zu den örtlichen Feuerwehren zu suchen. Wir haben sehr eng abgestimmt, wie wir uns mit den festgestellten Brennpunkten befassen, wie wir zusammenarbeiten, wie wir taktisch das eine oder andere bewältigen, oder auch, wie die Abstimmungswege zwischen Feuerwehr und Polizei sind, um zu verhindern, dass sich die Befürchtungen bewahrheiten, und um sich im Zweifelsfall sehr schnell abstimmen zu können. Das hat sich auch bewährt. Darüber hinaus wurden die Stärken in den Dienststellen je nach Lagebeurteilung erhöht; zum Beispiel auch hier in Hannover, wo ein zusätzlicher Zug am Steintor eingesetzt war.

Um dem Informationsbedarf im Nachgang zum Jahreswechsel möglichst umfassend nachkommen zu können, haben wir im Vorfeld mit den Polizeibehörden und der Pressestelle des MI abgestimmt, welche Meldeverpflichtungen wir haben. Das wurde darüber hinaus auch auf Bundesebene abgestimmt; die abschließenden Ergebnisse liegen dazu aber noch nicht vor.

Ich möchte nunmehr auf örtliche Schwerpunkte in der Silvesternacht eingehen.

Im Zuständigkeitsbereich der Polizeidirektion Hannover kam es wie im Vorjahr am Steintor zum Einsatz von Pyrotechnik sowie dem Bewurf in Richtung Einsatzkräfte. Auch in Garbsen kam es erneut zum Bewurf und Beschuss von Einsatzkräften mit Pyrotechnik. Darüber hinaus kam es dort zu Behinderungen, zum Teil durch in Brand gesetzte Gegenstände auf den Straßen, sodass die Anfahrten der Einsatzkräfte von Polizei und Feuerwehr zu den Einsatzörtlichkeiten erschwert wurden.

Neben den Stadtteilen Sahlkamp, List und Bemerode - dort insbesondere der Bereich Kronsberg - kam es auch in Laatzen zu Einsatzanlässen. Ein Sachverhalt in Laatzen ist hervorzuheben, bei dem ein Einsatzfahrzeug der Feuerwehr im Rahmen einer Brandbekämpfung durch eine größere Personengruppe mit Steinen und Eisenstangen beworfen wurde. Dabei wurde die Besatzung des Fahrzeuges nur knapp verfehlt, glücklicherweise wurden keine Personen verletzt. Beim Eintreffen der Polizeikräfte waren die Personen bereits geflüchtet. Aufgrund verschiedenster Vorfälle in der Silvesternacht in Laatzen, bei denen unter anderem ein Mitarbeiter eines Abschleppunternehmens körperlich attackiert wurde und Straßenbahnen mit Steinen beworfen wurden, hat das Polizeikommissariat Laatzen bereits am 2. Januar 2024 eine Ermittlungsgruppe eingerichtet und Strafverfahren gegen mehrere Beschuldigte eingeleitet. Wir haben auch Beschuldigte namhaft gemacht. Die Verfahren laufen noch. Wir sind dazu in der Abstimmung mit der Staatsanwaltschaft und sind guter Dinge, dass wir einen sehr großen Teil über die Staatsanwaltschaft zur Anklage bringen können. Das ist auch ganz wichtig.

Für den Bereich der Polizeidirektion Braunschweig ist besonders erwähnenswert, dass die Lage in Peine ruhig geblieben ist. Dort hatten wir aber von vornherein ein sehr starkes Kräftekonzept, weil wir das aus dem vergangenen Jahr wussten, und das hat sich an dieser Stelle auch bewährt.

Gleiches gilt für die Polizeidirektion Oldenburg, die sich aufgrund der Erfahrungen der Vorjahre auf eine intensivere Einsatzlage in Osterholz-Scharmbeck vorbereitet hatte. Auch dort ist es nicht zu größeren Ausschreitungen gekommen, weil man sich ausreichend darauf einstellen konnte.

In Göttingen kam es ohne erkennbaren Grund aus einer zuvor friedlichen größeren Personengruppe zum massiven Bewurf und Beschuss mit pyrotechnischen Gegenständen. Dadurch erlitten zwölf Polizeikräfte trotz getragenen Gehörschutzes leichte Knalltraumata bzw. Verletzungen. Vier tatverdächtige Personen konnten im Laufe des Einsatzes zu dem Tatgeschehen festgenommen werden.

In Hameln kam es im Bereich des Bahnhofes zum massiven Abbrennen von Pyrotechnik. Aus einer Personengruppe heraus wurden die Polizeikräfte vereinzelt mit pyrotechnischen Gegenständen gezielt beworfen sowie einmalig mit Signalmunition aus einer Schreckschusspistole beschossen. Ein Polizeibeamter erlitt dadurch ein Knalltrauma und wurde leicht verletzt. Ein Tatverdächtiger zum mehrfachen Raketenbeschuss konnte im Nachgang durch Polizeikräfte festgenommen werden.

Kommen wir nun zur Bilanz zum Jahreswechsel. In der Silvesternacht waren in Niedersachsen insgesamt 54 Straftaten im Kontext „Gewalt gegen Einsatzkräfte“ zu verzeichnen, von denen bis dato - also Anfang Januar - 38 aufgeklärt werden konnten. In 39 von den insgesamt 54 Fällen

handelt es sich um Widerstandsdelikte und tätliche Angriffe. Es wurden insgesamt 25 Einsatzkräfte verletzt, zwei davon ohne Fremdeinwirkung - darunter zwei von der Feuerwehr und eine Einsatzkraft des Rettungsdienstes. Zu den 54 Straftaten wurden insgesamt 75 Tatverdächtige erfasst, wobei bislang noch nicht jeder der Tatverdächtigen identifiziert werden konnte. Als Tatmittel wurden ganz überwiegend pyrotechnische Gegenstände eingesetzt. Das ist natürlich charakteristisch für die Gewalt zu Silvester.

Im Ergebnis haben die für diesen Jahreswechsel vorgeplanten Einsatzkonzepte der Polizeidirektionen im Wesentlichen ihre Wirkung erzielt. Dennoch gab es auch bei diesem Jahreswechsel wieder nicht nachvollziehbare Übergriffe auf Einsatzkräfte, und wir müssen weiterhin feststellen, dass wir es offensichtlich - auch losgelöst von den Silvesternächten - mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft zu tun haben. Für eine signifikante Reduzierung der Fallzahlen wird, wie bereits gesagt, ein gesamtgesellschaftliches Engagement erforderlich sein. Das kann die Polizei allein nicht abwenden - da können wir uns einstellen, wie wir wollen. Wir haben sehr viele Straftaten aufklären können. Das ist toll und gut, und das ist auch ein wichtiges Signal. Aber wir können es nur verhindern, wenn an dieser Stelle auch gesamtgesellschaftlich umgedacht wird.

Aussprache

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Das Ministerium sprach in seiner Pressemitteilung im Anschluss an die Silvesternacht ja erst einmal von einem friedlichen Verlauf. Nach dem, was Sie gerade berichtet haben, ist das eigentlich nicht haltbar. In dieser Silvesternacht wurden in Niedersachsen insgesamt 25 Einsatzkräfte verletzt. Das ist nach wie vor eine große Zahl. Ich glaube, das ist auch vergleichbar mit der Zahl aus dem Vorjahr.

Ich habe eine Frage zu den Ereignissen in Göttingen. Der NDR berichtete, dass eine Gruppe von 30 bis 50 Personen die Polizei mit Böllern und Raketen angegriffen hätte. Sie sprachen gerade von insgesamt 54 Verfahren. Gegen wie viele Personen aus dieser Gruppe sind denn Ermittlungen eingeleitet worden? Wie viele wurden identifiziert?

In Laatzen wurde die Feuerwehr angegriffen. Es gibt davon auch ein Handyvideo. Scheinbar hat eine Gruppe junger Menschen die Feuerwehr und später auch noch den Mitarbeiter eines Abschleppdienstes angegriffen. Wurden alle diese Personen identifiziert?

Im *Rundblick* stand, dass im Anschluss an diesen Angriff nur ein Einsatzfahrzeug rausgefahren sei. Die wenigen Beamten konnten die vielen Täter dann natürlich nicht aufgreifen. Wie kommt so etwas zustande? Im Vorjahr war Laatzen ja auch schon ein Brennpunkt. Warum wurde der Feuerwehreinsatz nicht geschützt? Es hätte doch klar sein müssen, dass gerade in diesem Bereich Feuerwehrrkräfte angegriffen werden könnten. Warum ist nicht direkt ein Einsatzfahrzeug mitgefahren, um die Feuerwehrleute zu schützen? Und warum ist im Anschluss, nachdem dieser Angriff erfolgt ist, nur ein Einsatzfahrzeug - zumindest stand es so in der Presse - rausgefahren? Wurden zumindest alle Personen, die auf dem Handyvideo zu sehen sind, das aus dieser Gruppe heraus gekommen ist, identifiziert? Sind diesbezüglich Verfahren eingeleitet worden? Wenn nein, warum?

Es hieß zunächst, man hätte die Personen noch nicht identifiziert. Die Ministerin sagte gestern aber, es wären alle Personen identifiziert worden bzw. es wäre alles aufgeklärt worden. Ist das

so, und, wenn nicht, warum ist keine öffentliche Fahndung nach diesen Personen, die ja auf dem Video erkennbar sind, eingeleitet worden? Irgendjemand muss das Video ja auch hochgeladen haben. Insofern hätte man sie darüber vielleicht schon identifizieren können. Warum ist das nicht passiert?

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Herr Leopold, wenn Sie Details nicht parat haben, können Sie diese auch schriftlich nachliefern.*

LPD **Leopold** (MI): Das waren in der Tat viele Fragen, die ich jetzt nicht alle im Detail beantworten kann.

Zu Laatzen. Wir haben dort eine Ermittlungsgruppe mit sieben bis acht Mitarbeitern eingerichtet und mehr als 30 Straftaten erfasst. Die Ermittlungen laufen. Es laufen auch noch verdeckte Ermittlungen; deswegen gibt es auch keine öffentlichen Fahndungsaufrufe. Das ist die Ermittlungstaktik der Polizei. Dazu kann ich keine weiteren Ausführungen machen.

Dass nur ein Einsatzfahrzeug rausgefahren ist, kann ich an dieser Stelle nicht bestätigen. Ich habe die Informationen dazu nicht vorliegen. Wenn erforderlich, müssten wir das nachliefern.

Wir haben uns, wie gesagt, im Vorfeld sehr eng mit der Feuerwehr abgestimmt - wie die Informationsflüsse sind, wie wir uns gegenseitig benachrichtigen, wie wir Sachen schützen, wenn wir Erkenntnisse haben, dass wir Erkenntnisse zu Einsatzgefährdungen vorher weitergeben etc. Wir begleiten nicht jeden Feuerwehreinsatz von vornherein - an Silvester waren es wahrscheinlich mehrere Hundert Einsatzfahrten. Das ist für uns nicht leistbar, das ist aber auch nicht zwingend erforderlich, weil bei vielen Einsätzen nichts passiert. Wir müssen unsere Kräfte zusammenführen und sie dort einsetzen, wo wir die Brennpunkte sehen. Da sind wir mit der Feuerwehr in einem sehr engen Austausch.

Mein Stand ist, dass noch nicht alle identifiziert sind. Das kann ich aber nicht gesichert sagen, weil die Ermittlungen zu Laatzen noch laufen. Sie sind noch nicht abgeschlossen; da stehen noch weitere Maßnahmen an.

Zu Göttingen ist mein Kenntnisstand, dass diese Straftaten aus dieser zunächst friedlichen größeren Gruppe heraus passiert sind und dass alle strafbaren Handlungen auch angezeigt werden. Dort sind die Ermittlungen aber auch noch nicht abgeschlossen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Noch einmal zu Laatzen: Sind alle Personen aus dieser Jugendgruppe, die die Feuerwehr und den Abschleppdienst angegriffen haben, identifiziert worden? Sind dort Ermittlungsverfahren eingeleitet worden?

Sie haben erklärt, warum Sie den Einsatz nicht begleiten konnten. Dazu muss man anmerken, dass Laatzen auch schon im vergangenen Jahr ein Einsatzschwerpunkt mit Blick auf Angriffen auf Feuerwehrleute war. Insofern hätte man darauf eigentlich vorbereitet sein können.

* Das Innenministerium hat im Nachgang der Sitzung eine Ergänzung zu der Unterrichtung verfasst, die den Abgeordneten per E-Mail vom 26. Februar 2024 zugegangen ist. Sie ist dieser Niederschrift als **Anlage** beigelegt.

Zu Göttingen: Sie sprachen davon, dass es Angriffe aus einer Gruppe gab. In der Presse war zu lesen, dass 30 bis 50 Personen die Polizei angegriffen haben. Meine Frage lautet: Gegen wie viele dieser Personen wurden Ermittlungsverfahren eingeleitet? Wie viele dieser 30 bis 50 Personen konnten identifiziert werden?

LPD **Leopold** (MI): Die Antwort zu Göttingen müssen wir nachliefern. Dazu liegen mir keine genauen Zahlen vor. Ich weiß auch nicht, ob die Ermittlungen dort bereits abgeschlossen sind.

Zu Laatzten habe ich keine weiteren Ausführungen zu machen. Wir haben uns darauf eingerichtet, auch kräftemäßig, und wir haben Absprachen getroffen - aber wir begleiten nicht jedes Feuerwehrfahrzeug.

(Abg. Stephan Bothe [AfD]: Gegen wie viele haben Sie ermittelt?)

Die Ermittlungsverfahren laufen noch. Dazu kann ich jetzt hier keine Aussagen machen.

(Abg. Stephan Bothe [AfD]: Also kennen Sie die Zahlen nicht!)

Abg. **Alexander Saade** (SPD): Herr Leopold, Sie haben gesagt, dass es 54 Fälle von Gewalt gegen Einsatzkräfte und derzeit 75 Tatverdächtige gibt. Können Sie sagen, in wie vielen Fällen die Tatverdächtigen alkoholisiert oder anderweitig berauscht waren?

LPD **Leopold** (MI): Eine konkrete Zahl kann ich dazu nicht nennen. Es ist bekannt, dass die Gewaltbereitschaft unter Alkoholeinfluss steigt, und an Silvester ist um Mitternacht davon auszugehen, dass Alkohol konsumiert wurde. Dadurch, dass die Personen nicht alle sofort identifiziert und festgenommen werden konnten, konnten auch keine Alkoholproben genommen werden. Insofern kann ich nur die generelle Aussage treffen, dass die Gewaltbereitschaft in männlichen und alkoholisierten Gruppen generell zunimmt.

Abg. **Michael Lüthmann** (GRÜNE): Die Polizei steht hier wirklich vor großen Herausforderungen. Es war eine riesige Zahl an Versammlungslagen. Silvester war nur eine davon. In Göttingen war ich bei der Demonstration der Querdenker*innen dabei, das haben wir parlamentarisch begleitet. Ich möchte den Einsatzkräften meinen Dank aussprechen. Unser Eindruck war, dass das im Rahmen dessen abgelaufen ist, in dem solche Veranstaltungen und auch Gegenproteste stattfinden. Das ist wie bei vielen anderen Einsätzen, die ich in jüngster Zeit mitbekommen habe, sehr kommunikativ und sehr gut gelaufen, wie ich finde. Mein Eindruck ist, dass das aufgeht und dass man es an vielen Stellen dann eben doch hinbekommen hat, etwas zu unterbinden, das man ursprünglich erwartet hat. Dass dann dennoch an einigen Stellen Dinge passieren, ist, glaube ich, nicht zu verhindern. Man wird nie alles absichern können.

Gleichwohl müssen wir als Politik dann doch sehr irritiert und auch erbost den Angriff auf die Feuerwehr in Laatzten zur Kenntnis nehmen. Wenige Tage vorher waren die Kameradinnen und Kameraden ganz engagiert im Hochwasserschutz unterwegs. Und wenn sich dann wenige Tage später Menschen aufmachen und die Feuerwehr angreifen, muss uns das als Politik erschüttern, und wir müssen immer wieder diskutieren, wie wir damit umgehen. Das darf nicht sein, das kann nicht sein, und das müssen wir aufs Schärfste verurteilen.

Mein großes Lob: 54 Fälle und in 38 schon ermittelt - das empfinde ich persönlich als sehr gute Leistung. In Göttingen habe ich unmittelbar mit der Polizeipräsidentin Kontakt aufgenommen,

um Genesungswünsche an die betroffenen Kolleg*innen zu übermitteln. Ein Knalltrauma trotz Hörschutz lässt vermuten, dass auch Böller benutzt wurden, die man nicht einfach so im Handel kaufen kann. Ich meine, dass es auch in diesem Fall eine jugendliche Gruppe war - mutmaßlich alkoholisiert, auf jeden Fall männlich. Dazu die Frage - weil es in Laatzen so eindrücklich war -: Ist polizeilicherseits festzustellen, dass das - Gruppen von jungen Männern, die für Gewalt sorgen, und dann gibt es dazu noch Videos - über die vergangenen Jahre hinweg eine zusätzliche Herausforderung darstellt? Das kennen wir ja auch aus anderen Situationen wie Unfällen etc.

Ich habe noch eine Anmerkung - und ich glaube, das ist auch eine Aufgabe von Politik -: Wenn man sieht, dass es sich hauptsächlich um junge Menschen handelt, kommt man wahrscheinlich mit klassischen Polizeieinsatzkonzepten nicht weiter. Können Sie sagen, was man sich seitens der Polizei vorstellt, wie und in welchen Bereichen dort gegengesteuert werden könnte bzw. sollte?

LPD **Leopold** (MI): Auch in Hameln waren es männliche Jugendliche, deren Verhalten aus dem Ruder gelaufen ist. Aus meiner Sicht ist das in dieser Verbindung eine Zielgruppe, und ich bin nicht sicher, ob wir ausreichend empirische Daten haben, um ein bisschen näher heranzukommen und darauf basierend entsprechende Präventionskonzepte zu erarbeiten. Das müsste bei der Früherziehung anfangen. Ich lehne mich da weit aus dem Fenster. Aber wenn ein 15-Jähriger, der in einer Umgebung aufgewachsen ist, in der das Trommeln auf den Brustkorb dazugehört, betrunken randaliert und Böller in der Hand hat, kann die Polizei keine Prävention mehr betreiben. Das muss vorher ansetzen, und da muss sicherlich auf Forschungsgrundlagen zurückgegriffen werden. Man müsste jetzt vielleicht schauen, ob ausreichend Grundlagen vorhanden sind, um gesichert ansetzen zu können. Aus meiner Sicht muss man da, wie gesagt, bei der Bildung und Erziehung ansetzen, aber natürlich auch in der gesamtgesellschaftlichen Positionierung. Es muss einfach als furchtbar empfunden werden, die Feuerwehren, die Polizei und die Rettungskräfte anzugreifen. Das darf nicht en vogue sein, und das darf nicht kleingeredet werden. Auch zu sagen, dass das anlasstypische Taten zu Silvester waren, ist nicht richtig. Das darf weder zu Silvester noch an anderen Tagen passieren. Insofern bedarf es aus meiner Sicht einer klaren Positionierung und konkreter Präventionskonzepte.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Ich finde es gut - das ist eigentlich nicht üblich -, dass Sie hier berichten, obwohl noch Verfahren laufen. Es ist ja durchaus nicht ungefährlich für die Ermittlungen, hier öffentlich darüber zu reden. Ich selbst würde mir in keiner Weise anmaßen - wie es hier ein Kollege getan hat -, in der Einsatzbeurteilung schlauer zu sein als die Polizei. Ich würde das in Niedersachsen auch weiterhin den Kräften überlassen, die das gelernt und darin Erfahrung haben.

Mich würde interessieren, wie alt die festgestellten jungen Männer sind. Als jemand, der lange Zeit als Erzieher gearbeitet und sich mit pubertierenden Jungen auf leichten Abwegen beschäftigt hat, würde ich auf den Aspekt der mangelnden Möglichkeiten hinweisen, sich in der Pubertät die Hörner abzustoßen. Dabei handelt es sich um eine gesellschaftliche Entwicklung, die schon seit rund 15 Jahren läuft. Vielleicht sollten wir uns damit mal ein bisschen intensiver auseinandersetzen. Denn meine Beobachtung ist - vielleicht können Sie das bestätigen -, dass die Auseinandersetzungen mit diesen Gruppen junger Männer über das ganze Jahr verteilt stattfinden, aber nicht immer im Fokus der Öffentlichkeit stehen und auch nicht immer mit Einsatzkräften zu tun haben, sondern dass es ganz oft auch untereinander Auseinandersetzungen gibt. Vielleicht sollten wir unser Augenmerk als Gesellschaft insgesamt darauf richten. Ich glaube, dass

die Polizei am Ende immer dann besonders gefordert ist, wenn die Öffentlichkeit draufguckt. Es ist immer ein bisschen einfacher, über solche Dinge zu reden, wenn sie nicht hinschaut.

Ich bin, wie gesagt, dankbar, dass Sie hier trotz laufender Ermittlungen so offen vorgetragen haben, und aus meinem Selbstverständnis als Parlamentarier kann ich sagen, dass ich nicht in Ihrer Arbeit herumfuhrwerken wollen würde.

LPD **Leopold** (MI): In Hameln und Laatzten waren es ganz überwiegend Jugendliche bzw. Personen im jugendlichen Alter.

Ich weiß aus dem Studium, aus dem Bereich Kriminologie, dass Delinquenz ubiquitär und episodenhaft ist. In dieser Altersgruppe in das weitverbreitet. Aber mein persönliches Gefühl nach mehr als 40 Dienstjahren ist, dass einfach das Ausmaß größer ist. Während man sich früher im Alter von 14 Jahren vielleicht getraut hat, etwas zu klauen, greift man jetzt zum Teil gewalttätig Einsatzkräfte an. Ich glaube, da gibt es einen Wandel, und diese Entwicklung muss gestoppt werden. Ansonsten gehört es in dieser Altersphase dazu, den Widerstand zu proben. Jeder, der Kinder hat, weiß das. Das Ausmaß ist aber deutlich gestiegen.

Abg. **Birgit Butter** (CDU): In Stade gab es an Silvester ebenfalls Übergriffe, und zwar im Altländer Viertel, das zu einem großen Teil von Migranten bewohnt ist. Das ist keine Hetze, das ist Fakt. Ich bin Ihnen sehr dankbar, dass Sie gesagt haben, dass es eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe ist. Um diese zu lösen, muss man aber auch Ross und Reiter benennen.

Die Feuerwehrekameradinnen und -kameraden hatten Angst, als sie hörten, dass sie zu einem Einsatz ins Altländer Viertel fahren sollten. Vor Ort wurden sie dann angegriffen, und es wurden zwei Feuerwehrfahrzeuge beschädigt.

Vor diesem Hintergrund werden natürlich auch Rufe nach Böllerverboten laut. Ich persönlich bin kein Freund solcher Verbote. Denn der überwiegende Teil der Feiernden ist friedlich, und ich bin nach wie vor der Meinung, dass Silvester laut und bunt - aber friedlich - sein soll. Wie ist Ihre Erfahrung mit Böller- bzw. Feuerwerkverbotszonen? Wie groß ist der Aufwand, wie viel Manpower braucht es, um solche Verbote durchzusetzen? Würden Sie rückblickend sagen, dass Böllerverbotzonen an gewissen Brennpunkten ein geeignetes Mittel sind?

LPD **Leopold** (MI): Ich fürchte, darauf kann ich Ihnen keine klare Antwort geben. Denn dort, wo Böllerverbotzonen eingerichtet wurden - zum Beispiel in Peine -, sind wir von vornherein mit einem ganz anderen Kräftekonzept rangegangen. Dort hat das gut gewirkt. In Hannover am Steintor gab es auch eine Böllerverbotzone. Da hat es nicht in dem Umfang gewirkt, wie man es sich erhofft hatte. Ich glaube, das müsste man noch einmal intensiver betrachten.

Wir haben also keine großen Erfahrungswerte, und aus den wenigen Einsatzfällen heraus kann ich keine generelle Aussage treffen. Wir hatten nur wenige Verbotszonen, und wir hatten dort auch andere Kräftekonzepte und sind aufgrund der Erfahrungen aus den Vorjahren generell anders vorgegangen. Von daher ist es sicherlich nicht allein die Verbotszone, die an dieser Stelle greift, das Verbot muss natürlich auch umgesetzt werden. Es ist letztlich auch eine politische Entscheidung, wie weit man hier eingreifen will.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Ich möchte einen Dank an Sie und die ganze Blaulichtfamilie richten, die sehr gut zusammengearbeitet hat und den meisten Menschen im Land ein friedliches Feiern ermöglicht hat.

Sie sagten, die Zahlen seien eher auf Höhe der Zahlen vor Corona. Das heißt, der überwiegende Teil in Niedersachsen hat sehr friedlich gefeiert. In den sozialen Netzwerken wurde ja insbesondere mit Blick auf das Hochwasser und die Belastung der Einsatzkräfte, die teilweise auf den Deichen Silvester gefeiert haben, dazu aufgerufen, auf den Einsatz von Pyrotechnik zu verzichten. War denn festzustellen, dass das generell im Land ein bisschen abgenommen hat?

Das eine ist der freiwillige Verzicht. Das andere sind Böllerverbote. Die gibt es ja schon, unter anderem auch in kleineren Gemeinden - wahrscheinlich auch im Landkreis Stade -, nämlich überall dort, wo Fachwerkwerkhäuser stehen. Auch bei mir vor Ort in der Samtgemeinde Tostedt werden Verbotszonen eingerichtet, in denen das Abbrennen verboten ist. Das ist gut und richtig.

Wenn wir hören, dass die Gewalt, mit der wir es hier zu tun haben, tatsächlich auch mit Pyrotechnik zusammenhängt, ist das natürlich ein Faktor neben der gesamtgesellschaftlichen Aufgabe, respektvoll miteinander umzugehen. Ich bin nach wie vor der Meinung, dass auch die sozialen Medien einen großen Teil dazu beitragen, Menschen, die helfen, zu entmenslichen - egal ob Amts- und Mandatsträger*innen oder Personen in Uniformen. Helfende Hände schlägt man nicht - das sollte allen klar sein, und das muss definitiv überall ankommen. Ich denke, es sollte auch in den Familien wieder eindringlicher vermittelt werden. Als wir klein waren, war das noch so. Heute müsste man da vielleicht aktiver rangehen.

Die Frage, wie man grundsätzlich mit dem Einsatz von Pyrotechnik umgehen will - Frau Butter hatte das angesprochen -, kommt jedes Jahr auf. Ein Verbot hätte unter anderem auch Vorteile für die Natur etc. Vielleicht muss auch nicht unbedingt geböllert werden. Andernorts wird mittlerweile beispielsweise mit Lasershows gearbeitet.

Vor diesem Hintergrund noch einmal meine Frage: Gibt es Anhaltspunkte dafür, dass bei diesem Jahreswechsel insgesamt weniger Pyrotechnik eingesetzt wurde?

LPD **Leopold** (MI): Das haben wir nicht ausgewertet. Ich kann tatsächlich nur mit Blick auf meinen Bekanntenkreis sagen, dass ich nicht das Gefühl hatte, dass weniger geknallt wurde.

Zu der Frage, ob man Böller generell verbieten sollte: Da muss man meiner Meinung nach ganz viele Aspekte übereinanderlegen, und man muss gezielt nachfragen, um Korrelationen herzustellen. Dazu kann ich keine gesicherte Aussage treffen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Herr Watermann, ich habe eine Anmerkung zu Ihren Ausführungen. Es ist die Aufgabe von Parlamentariern, das Regierungshandeln kritisch zu hinterfragen, und wir haben es hier mit einem Handeln der Polizei zu tun, die dem Innenministerium unterstellt ist. Das Innenministerium hatte ein Jahr lang Zeit, um sich auf diese Lage vorzubereiten, und man muss sagen, dass die Einsatzkonzepte am Ende scheinbar immer noch nicht ausreichend sind. Deswegen sitzen wir hier, und deswegen hinterfragen wir das.

Ich habe zu dem Bereich Einsatzkonzepte noch eine Frage. Kevin Komolka von der Gewerkschaft der Polizei hat eine Pressemitteilung herausgegeben und gesagt, dass es sich hier um Politikversagen handelt und dass die Repräsentanten des Staates wieder die ersten Opfer waren, die dafür herhalten sollten. Mario Kraatz von ver.di hat ähnliche Worte gefunden. Auch er hat gesagt, dass es sich hier um ein Versagen im Gesamten handelt und dass die Blaulichtkräfte hier Opfer eines Staatsversagens wurden.

Würden Sie sagen, dass die Einsatzkonzepte in diesem Bereich gereicht haben, oder müssen wir herauslesen, dass die Polizei nicht mehr tun kann, als sie in diesem Jahr getan hat, und dass die Probleme auf anderen Wegen gelöst werden müssen? So hatte ich Sie eben verstanden.

Zu einem anderen Punkt: Sie sprachen davon, dass Alkohol vielleicht eine Rolle gespielt hat. Haben Sie Nachweise dafür, dass diese 38 ermittelten Tatverdächtigen alkoholisiert waren?

LPD **Leopold** (MI): Die beiden gewerkschaftlichen Aussagen werde ich nicht kommentieren, weil das nicht meine Rolle ist.

Zur Frage, ob die Einsatzkonzepte ausreichen: Wir bewerten in jedem Einzelfall die Lageerkenntnisse aus vorherigen Einsätzen sowie aktuelle Erkenntnisse und stellen uns individuell auf Basis der Erkenntnisse der vorangegangenen Jahre auf die jeweilige Situation - zum Beispiel auf Silvester - ein. Damit fahren wir überwiegend erfolgreich. In einem Land mit 8 Millionen Einwohnern werden wir nicht verhindern können, dass es an manchen Stellen Ausschreitungen gibt; das ist nicht möglich, und das würde auch keine andere Landespolizei schaffen. Es wird ja auch im Bundeslagebild deutlich, dass das nicht der Fall ist.

Unsere Einsatzbewertungen sind also individuell. Auf dieser Grundlage stellen wir dann die Kräfte zusammen, und dabei haben wir die Möglichkeit, auch auf andere Bundesländer zurückzugreifen. So arbeiten wir, und damit sind wir, glaube ich, in Niedersachsen auf einem sehr hohen Sicherheitsniveau, auch wenn wir 54 Straftaten zu Silvester hatten. Mehr kann ich dazu nicht sagen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Waren denn diese 38 Tatverdächtigen alkoholisiert? Können Sie das bestätigen?

LPD **Leopold** (MI): Das kann ich nicht bestätigen. Dazu habe ich keine Erkenntnisse.

b) Bauerndemonstrationen

Unterrichtung

LPD **Leopold** (MI): An dieser Stelle möchte ich zum zweiten Teil der Unterrichtung übergehen und Ihnen über die seit Dezember 2023 stattfindenden Protestaktionen der Landwirtinnen und Landwirte in Niedersachsen berichten.

Vor dem Hintergrund der Subventionskürzungen fand bereits am 18. Dezember 2023 eine Demonstration der Bauernverbände am Brandenburger Tor in Berlin statt. Die Teilnehmendenzahl belief sich dabei auf rund 6 500 mit ca. 1 700 Traktoren. Zu diesem Zeitpunkt wurde durch den

Deutschen Bauernverband sowie die zugehörigen Landesverbände darauf hingewiesen, dass auch in den Ländern umfangreiche Proteste vorgesehen seien.

Im Folgenden möchte ich den Fokus auf die bundesweite Protestwoche vom 8. bis zum 15. Januar 2024 legen und Ihnen über die Geschehnisse in Niedersachsen berichten. In diesem Zeitraum kam es in Niedersachsen zu insgesamt 935 versammlungsrechtlichen Aktionen, an denen sich ca. 46 500 Personen mit ca. 38 000 Fahrzeugen beteiligten.

Die Protestaktionen, die sich insbesondere auf den Verkehrsfluss auswirkten, erfolgten zumeist durch sogenannte Schleichfahrten, vor allem kam es zu Blockaden von Verkehrsknotenpunkten sowie Anschlussstellen von Autobahnen. Daneben waren Mahnwachen und Blockaden von Einrichtungen des Einzelhandels festzustellen.

Im Kontext der Versammlungen wurde vielfach polizeiliches Einschreiten notwendig, wobei neben verkehrsregulierenden Maßnahmen Identitätsfeststellungen, Platzverweise sowie eine vorläufige Festnahme zu verzeichnen waren.

Die Polizei hatte in diesem Fall eine sehr anspruchsvolle Aufgabe. Die Aktionen stehen in aller Regel unter dem Schutz der Versammlungsfreiheit, können aber mit erheblichen Gefahren oder Störungen einhergehen und sind unter Umständen ordnungswidrig oder strafbar - etwa weil es sich um Nötigung oder einen gefährlichen Eingriff in den Straßenverkehr handelt. Hier musste sehr angemessen und abwägend reagiert werden, anlässlich dieser sehr umfangreichen Zahl an Vorkommnissen, die wir natürlich nicht in jedem Einzelfall abschließend bewältigen konnten.

Die niedersächsischen Polizeibehörden wurden anlässlich der Proteste der Landwirtinnen und Landwirte insbesondere hinsichtlich der Beeinträchtigungen im Straßenverkehr und der daraus resultierenden Maßnahmen im Vorfeld sensibilisiert. Sie orientierten sich in ihrem Vorgehen an den durch das niedersächsische Innenministerium erlassenen Rahmenleitlinien, die im Übrigen auch auf Bundesebene im Wesentlichen abgestimmt waren, und gingen konsequent gegen Protest- und Blockadeaktionen vor, die Not- und Rettungswege versperrt oder die polizeiliche Handlungsfähigkeit im konkreten Fall eingeschränkt hätten.

Ich möchte Ihnen nun einen Überblick über das Straftatengeschehen geben und daran anknüpfend über einige herausragende Ereignisse berichten.

Im Zeitraum der sogenannten Protestwoche vom 8. bis zum 15. Januar 2024 wurden für Niedersachsen bislang 210 Straftaten verzeichnet, wobei es sich zumeist um Nötigungen im Straßenverkehr, Gefährdungen des Straßenverkehrs sowie gefährliche Eingriffe in den Straßenverkehr gehandelt hat. Darüber hinaus wurden 284 Ordnungswidrigkeiten, darunter 245 Verkehrsordnungswidrigkeiten, dokumentiert.

Besonders hervorzuheben ist der Fall eines versuchten Tötungsdeliktes. Hierbei handelt es sich um einen bereits presseöffentlich bekannten Verkehrsunfall, der sich am Montag, den 8. Januar 2024, in Friesoythe im Landkreis Cloppenburg zugetragen hat. Ein 45-jähriger Autofahrer umfuhr dort eine Blockade über einen Geh- und Radweg und erfasste einen Protestteilnehmer. Der Autofahrer flüchtete zunächst vom Unfallort, wurde jedoch wenig später vorläufig festgenommen. Das 35-jährige Unfallopfer wurde mit einem Hubschrauber in ein Krankenhaus verbracht, erlitt glücklicherweise aber nur leichte Verletzungen und konnte das Krankenhaus bereits am selben

Tag wieder verlassen. Gegen den 45-jährigen Unfallverursacher wird wegen des Verdachts eines versuchten Tötungsdeliktes ermittelt.

Darüber hinaus ist es, wie bereits erwähnt, zu Mahnwachen und Blockaden von Einrichtungen des Einzelhandels gekommen, bei denen der Warenverkehr in Gänze blockiert wurde.

Am Abend des 11. Januar 2024 versammelten sich über 30 landwirtschaftliche Fahrzeuge am ALDI-Zentrallager in Weyhe und blockierten die Lkw-Zufahrt zum Gelände. Diese Blockadeaktion wurde bis zum Nachmittag des 12. Januar 2024 fortgeführt, und es kam zu erheblichen Behinderungen im Lieferverkehr. Das Unternehmen ALDI veröffentlichte im Laufe des darauffolgenden Tages ein Statement, das die Landwirte letztlich zufriedenstellte, sodass die Versammlungsteilnehmenden in der Folge ihre Aktion beendeten.

Ähnlich gelagerte Sachverhalte trugen sich in Rinteln, Cloppenburg, Stelle, Winsen (Luhe) und im Landkreis Lüneburg zu, wo Filialen von LIDL, ALDI oder Amazon belagert wurden. Durch eine schnelle Kooperation zwischen Polizei, Protestteilnehmenden und zum Teil auch mit den Verantwortlichen vor Ort konnte größtenteils eine zügige Beendigung der Blockaden herbeigeführt werden.

Insgesamt lässt sich festhalten, dass die Protestwoche der Landwirtinnen und Landwirte in Niedersachsen grundsätzlich friedlich verlaufen ist. Das Verhalten der Versammlungsteilnehmenden wurde insgesamt als kooperativ beschrieben. Das gilt im Übrigen auch für die sonstigen Verkehrsteilnehmer. Bis auf den einen genannten Fall und weitere Einzelfälle, in denen es Beschimpfungen gab, haben sich die übrigen Verkehrsteilnehmer sehr verständnisvoll gezeigt.

Auf polizeiliche Ansprachen haben die Versammlungsteilnehmenden sofort reagiert, und Rettungswege wurden freigehalten. Auch wenn extremistische Gruppen und Akteure öffentlich die Proteste und entsprechende Unterstützungs- bzw. Solidaritätsbekundungen thematisierten, liegen dem Niedersächsischen Verfassungsschutz bisher keine Erkenntnisse über eine organisierte Teilnahme durch Rechtsextremistinnen bzw. -extremisten in Niedersachsen vor.

Die Protestwoche endete mit der Abschlusskundgebung in Berlin. Die weitere Entwicklung bleibt abzuwarten.

Zusammenfassend kann man sagen, dass dieser Einsatz das gesamte Land beeinträchtigt hat, auch den Bund. Aber die Abstimmungen waren sehr gut, und es ist insgesamt friedlich verlaufen.

Aussprache

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Danke auch an dieser Stelle für den Einsatz, vor allem auch für den umsichtigen Schutz von Objekten, die bereits im Vorfeld der Protestwoche Ziel von Anschlägen geworden sind. Einige Personen haben die Aktion zu ihren Zwecken genutzt und vor Weihnachten Pferdemit vor unseren Büros abgeliefert, und einen Tag, bevor die angekündigte Protestaktion startete, wurde dies auch in Schaumburg getan.

Die Polizei hat einen sehr guten Einsatz zum Schutz unseres Objektes gefahren. Das hat den Mitarbeitern sehr geholfen und ihnen die Sorgen und Ängste genommen. Ich bin zudem sehr

zufrieden, dass das Landvolk, nachdem es das bereits in Schaumburg getan hatte, sich nun endlich auch von dem Pferdemitanschlag in Hameln distanziert hat. Aus meiner Sicht wäre das eigentlich schon viel eher angezeigt gewesen.

Ich kann für uns vor Ort bestätigen, dass es Beeinträchtigungen gab - das ist bei Demonstrationen eigentlich immer der Fall; wenn die Bahn streikt, ist es auch nicht viel besser -, dass sich aber, soweit ich das überblicken kann, alle sehr bemüht haben, sich mit vernünftigen Veranstaltungsformaten und Plakaten im demokratischen Rahmen zu bewegen. Das ist ja nicht überall der Fall gewesen. Dafür bin ich insofern dankbar.

Ich würde gern wissen, ob es auch an anderen Orten Aktionen wie jene in Schaumburg und Hameln vor den Büros von Abgeordneten gegeben hat.

LPD **Leopold** (MI): Das ist mir nicht bekannt. Ich kann es nicht ausschließen, aber ich weiß nur von den beiden genannten Fällen.

Abg. **Michael Lüthmann** (GRÜNE): Auch von mir vielen Dank für den Einsatz.

In einer Demokratie gehört Protest nun einmal dazu, und wenn er manchmal ein bisschen wehtut und Menschen nicht so schnell vorwärtskommen, wie sie sollen - das gilt für verschiedene Protestformate -, dann ist das so. Ich glaube, wenn die Kommunikation mit der Polizei gut funktioniert, kann es ganz gut laufen. Das haben wir auch in Göttingen erlebt. Dort gab es ein sehr umsichtiges Verfahren, und dann war eben nur eine Fahrspur blockiert - beeindruckend lang, aber es war jederzeit gewährleistet, dass man durchkam.

Polizeipräsident Kühme von der Polizeidirektion Oldenburg hatte während des Protestes sehr deutlich kommuniziert. Das war nicht überall der Fall. Wie ist die polizeiliche Einzeinschätzung hinsichtlich der Frage, wie man mit dieser Art von Protesten umgehen sollte? Einen Klimaaktivisten kann man im Zweifel ablösen und wegtragen, aber einen Traktor nicht. Das ist ein sehr großes Fahrzeug, das kann man nicht einfach beiseite bewegen. Dann hilft höchstens Kommunikation. Haben Sie das Gefühl, dass hierüber eine politische Debatte geführt werden sollte, oder war das alles so zu handhaben, dass es mit einer Kenntnisnahme getan ist?

LPD **Leopold** (MI): Das ist eine sehr spannende Frage, die uns tatsächlich im Vorfeld bundesweit bewegt hat. Wie Sie schon gesagt haben: 48 000 Trecker kann niemand abschleppen. Man könnte nun sagen: Dann müssen wir dafür sorgen, dass wir das künftig können. - Aber das kann ja nicht die Lösung sein. Unsere Leitlinien stellen auf eine sehr offene, direkte, klare und auch zielführende Kommunikation ab. Auch an dieser Stelle kann eigentlich nur das der Schlüssel sein.

Im Oldenburger Bereich hatten wir teilweise härtere Situationen. Deswegen hat Herr Kühme auch so kommuniziert, und er ist mit seinen Leuten anfangs auch sehr restriktiv vorgegangen.

Wir müssen bei jedem Einsatz die Verhältnismäßigkeit der eingesetzten Mittel betrachten. In diesem Fall war uns klar, dass wir keine 60 Trecker von der Lavesallee wegschleppen können. Wie soll das gehen? Wenn dort aber Einsatzkräfte durchmüssen, dann müssen wir in den Dialog kommen, um Verständnis zu wecken. Die Einsatzkommunikation ist für uns längst ein ganz wichtiges Mittel, um erfolgreich zu sein. Das hat sich immer wieder bestätigt, und es hat auch diesmal funktioniert. Insofern gibt es meines Erachtens seitens der Polizei keine Forderungen in Richtung Politik, hier in großem Umfang weitere Einsatzmöglichkeiten zu schaffen.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Wie bereits gesagt wurde, gab es schon im Vorfeld der Protestwoche vom 8. bis zum 15. Januar entsprechende Aktionen. Im Dezember beispielsweise sind Galgen aufgestellt worden, an denen Ampel-Schilder oder sogar Vogelscheuchen und Männchen hingen. Bei uns im Landkreis sind Schmierereien aufgetaucht; dort wurde ein Galgen angesprüht, an dem ein Männchen hing, mit den Worten: „Grüne“ und „Grüne an die Ostfront - Endsieg jetzt“. - Das sind auch Dinge, die in diesem Kontext aufgetreten sind.

Sie haben gesagt, Sie konnten im Rahmen der Protestwoche keine rechtsextremistischen Bestrebungen wahrnehmen. Ich möchte an dieser Stelle dem Landvolk und dem Bauernverband für die klare Positionierung, sich davon nicht unterwandern zu lassen, herzlich danken. Das wurde sehr klar geäußert, und das Landvolk bei uns vor Ort hat ganz klar Stellung bezogen und sogar selbst Galgen abgesägt. Der Geschäftsführer ist am 23. Dezember rausgefahren und hat selbst Hand angelegt. Das fand ich sehr beeindruckend und gut.

Wie Herr Lühmann gerade schon gesagt hat: Es gibt das Recht, zu protestieren, und das ist gut so. Die Versammlungsfreiheit ist ein hohes Gut, und umso schlimmer ist es, wenn rechtsextremistische Kräfte das für sich nutzen und versuchen, daraus Profit zu schlagen. Ich kenne die entsprechenden Personen in meinem Heimatort natürlich sehr gut, und ich weiß, dass diese durchaus versucht haben, sich dort anzuschließen. Können Sie sagen, ob es Versuche aus dieser Richtung gab, in dem Kontext selbst Veranstaltungen anzumelden, etwa von einer bestimmten Partei?

LPD **Leopold** (MI): Ich kann keine Aussage dazu treffen, ob einzelne Parteien bei den vielen Veranstaltungen - es waren, wie gesagt, 935 - Anmeldungen vorgenommen haben. Wir haben nur die Erkenntnisse vom Verfassungsschutz, dass Rechtsextremistinnen und -extremisten im Wesentlichen keinen Einfluss auf die vorhandenen Demonstrationen hatten. Ich kann die Frage, ob Versammlungen von bestimmten Parteien angemeldet wurden, auch deshalb nicht verlässlich beantworten, weil die Versammlungsbehörden nicht immer im Polizeibereich sind.

Die Aktionen mit den Galgen haben wir natürlich wahrgenommen. Das kann eine Aufforderung zu oder eine Billigung von Straftaten sein - beides sind Straftatbestände, insbesondere dann, wenn es personifizierbar ist, also wenn es bestimmten Menschengruppen entweder durch Schriftbild oder durch Aussagen zugeordnet werden kann. In diesen Fällen haben wir das natürlich auch zur Anzeige gebracht. Wir haben immer dann niederschwellig Anzeigen aufgenommen, wenn es in irgendeiner Form einer Person zuzuordnen war. Die Bewertung übernimmt dann die Staatsanwaltschaft, das heißt sie entscheidet, ob es zur Anklage kommt.

c) **polizeiliches Einsatzgeschehen Leinemasch**

Unterrichtung

LPD **Leopold** (MI): Der Einsatz in der Leinemasch wurde sicherlich von den meisten hier verfolgt oder auch vor Ort beobachtet. Die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (NLStBV) hatte den Antrag gestellt, dass wir diesen Einsatz schützen.

Im Jahr 2022 wurde seitens der NLStBV zur Absicherung bereits zu diesem Zeitpunkt erforderlicher Rodungen erstmalig um polizeiliche Amtshilfe ersucht. Der damalige polizeiliche Einsatz verlief weitestgehend störungsfrei.

Seit mehreren Monaten fanden zu den Rodungsarbeiten wiederkehrend Versammlungen statt, die mit Ausnahme einer kurzzeitigen Besetzung von Baustellenfahrzeugen im Oktober 2023 störungsfrei verliefen.

Seit Oktober 2022 haben Aktivistinnen und Aktivisten einen Teil des Rodungsbereiches durch ein Camp aus Strukturen mit größtenteils hölzernen Plattformen besetzt. Dieses Camp wird durch diese als „Barrio Tümpeltown“ bezeichnet. Neben den bereits vorhandenen Strukturen entstand in der vergangenen Woche ein weiteres Baumhaus im Bereich des Südschnellweges. Durch die Aktivistinnen und Aktivisten wird dieses als „Barrio II“ bezeichnet.

Für das Freimachen des Baufeldes zur Ermöglichung der Rodungsmaßnahmen liegt bei der Polizeidirektion Hannover erneut ein Amtshilfeersuchen der NLStBV vor - deswegen ist dieser Einsatz dann auch durchgeführt worden -: Der beschriebene Rodungsbereich und ein durch die NLStBV definierter, darüberhinausgehender Sicherheitsbereich ist zur Gewährleistung der Rodungsmaßnahmen durch polizeiliche Maßnahmen von Personen freizumachen und freizuhalten. Essenzielle Infrastrukturen der NLStBV und von ihr beauftragter Unternehmen sind dabei zu schützen.

Aufgrund der Rodungsarbeiten wurde der Südschnellweg seit Sonntag, 14. Januar 2024, ab 22 Uhr zwischen dem Landwehrkreisel und dem Seelhorster Kreuz in beide Fahrtrichtungen gesperrt. Diese Sperrung dauert voraussichtlich noch bis morgen an.

Ergänzend zu den polizeilichen Maßnahmen wurde durch die Polizeidirektion Hannover als zuständige Versammlungsbehörde am 11. Januar 2024 eine Allgemeinverfügung erlassen. Die Beschränkung mittels Allgemeinverfügung war erforderlich, da während der Rodungsarbeiten im Rodungs- und angrenzenden Sicherheitsbereich eine unmittelbare Gesundheits- und Lebensgefahr durch umstürzende Bäume und die für die Arbeiten erforderlichen Großgeräte drohte. Diese untersagt die Durchführung von Versammlungen und Aufzügen entlang des Südschnellweges von Montag, 15. Januar, bis einschließlich Sonntag, 21. Januar 2024.

Die Polizeidirektion Hannover hat die Polizeiinspektion Hannover mit der Planung und Durchführung der polizeilichen Einsatzmaßnahmen beauftragt. Die Bewältigung des Einsatzes erfolgt im Rahmen einer Besonderen Aufbauorganisation.

Im Vorfeld des Rodungsbeginns kam es vermehrt zu strafrechtlich relevanten Ereignissen im unmittelbaren Umfeld des „Barrio Tümpeltown“. Hervorzuheben ist in diesem Zusammenhang der Diebstahl von ca. 180 Metern Bauzaunelementen am Samstag, 6. Januar 2024, sowie das Entwenden eines Fußballtores eines angrenzenden Sportplatzes am Sonntag, 7. Januar 2024, zum Ausbau der Befestigung des Protestcamps „Barrio Tümpeltown“. Darüber hinaus wurde im Rahmen von Raumschutzmaßnahmen am Mittwoch, 10. Januar 2024, eine Funkstreifenwagenbesetzung im unmittelbaren Umfeld des Protestcamps von zwei unbekannt Personen mit Steinen attackiert.

Während der Durchführung von bauvorbereitenden Maßnahmen der NLStBV am Donnerstag, 11. Januar 2024, die seitens der Polizei begleitet wurden, kam es zu einer kurzzeitigen Besetzung

einer Baumaschine. Zwei der Personen kamen der Aufforderung der Polizei nicht nach, diese freiwillig zu verlassen, und mussten letztlich mittels einfacher körperlicher Gewalt durch die eingesetzten Kräfte von der Baumaschine entfernt werden. Hierbei leisteten sie aktiv Widerstand gegen die polizeilichen Maßnahmen. Sie wurden anschließend zur Identitätsfeststellung verbracht, und es wurden Strafverfahren eingeleitet.

Für die Einsatzvorbereitung erfolgt fortlaufend eine Bewertung der Lage aufgrund der landes- und bundesweiten Erfahrung aus der Vergangenheit. Aufgrund der bis dahin vorliegenden Feststellungen in und um das Protestcamp „Barrio Tümpeltown“ erfolgte ab Freitag, 12. Januar 2024, eine Voraufsicht. Im Rahmen dieser Voraufsicht kam es am selben Tag in den Abendstunden zu einem Beschuss von Einsatzfahrzeugen mittels pyrotechnischer Erzeugnisse aus dem Protestcamp. Hierdurch wurde die Frontscheibe eines Einsatzfahrzeuges beschädigt. Einsatzkräfte wurden nicht verletzt.

Während einer am Sonntag, 14. Januar 2024, angemeldeten Versammlung, bei der in der Spitze bis zu 1 400 Personen teilnahmen, kam es kurzzeitig zu Auseinandersetzungen zwischen Versammlungsteilnehmenden und der Polizei. Eine kleine Gruppe der sich fortbewegenden Versammlung versuchte, die Aufzugsroute zu verlassen, um zu den Baumhausstrukturen des „Barrio II“ zu gelangen. Dies wurde durch Polizeikräfte unterbunden. Im Verlauf der Auseinandersetzungen wurden insgesamt sechs Einsatzkräfte leicht verletzt. Der Südschnellweg musste aufgrund der Auseinandersetzungen kurzzeitig komplett gesperrt werden.

Ab Sonntag, 14. Januar 2024, um 22 Uhr wurde die Sperrung des Südschnellwegs zwischen dem Landwehrkreisel und dem Seelhorster Kreuz eingerichtet. Der Sicherheitsbereich wurde umzäunt und die Allgemeinverfügung mittels Lautsprecherwagen insbesondere an die Aktivistinnen und Aktivisten im Protestcamp verkündet. Im Rahmen von Raumschutzmaßnahmen wurde in der Nacht ein gespanntes Stacheldrahtgeflecht über die errichtete Baustraße der NLStBV festgestellt. Dieses wurde umgehend durch die Einsatzkräfte entfernt.

Am Montag, 15. Januar 2024, wurden insgesamt 54 Akkreditierungen von Medienvertretenden dokumentiert. Ein beschränkter Zugang in den durch die NLStBV festgelegten Sicherheitsbereich der Rodungsmaßnahmen für die Medienvertretenden war aufgrund der Gefahr für Leib oder Leben nicht möglich. Aufgrund dessen wurde seitens der Medienvertretenden ein Antrag auf einstweiligen Rechtsschutz beim Verwaltungsgericht Hannover eingereicht.

Am Montag, 15. Januar 2024, befanden sich noch drei Personen in den vorhandenen Baumhäusern. Mittels Lautsprecherwagen wurde fortlaufend Kontakt zu den Versammlungsteilnehmenden aufgenommen, und diese wurden aufgefordert, die Baumhäuser im festgelegten Sicherheitsbereich zu verlassen. Das sichere Verlassen der Baumhäuser wurde durch die Polizei zu jeder Zeit sichergestellt. Letztlich konnten die verbliebenen drei Personen zu Boden geführt werden. Die Personen wurden umgehend in Gewahrsam genommen. Eine Identitätsfeststellung konnte jedoch nicht durchgeführt werden, da bei allen Personen verklebte Fingerkuppen festgestellt wurden. Weitere Maßnahmen wurden in enger Abstimmung mit der zuständigen Staatsanwaltschaft getroffen.

Die polizeilichen Maßnahmen führten zu mehreren Spontanversammlungen mit in der Spitze bis zu elf Personen im festgelegten Sicherheitsbereich. Mit Blick auf die Allgemeinverfügung wurden die Versammlungen durch die eingesetzten Kräfte räumlich begrenzt. Die entsprechenden Maßnahmen mussten teilweise mittels Abdrängen polizeilich durchgesetzt werden.

Weiterhin kam es zur Blockade eines Hubwagens von Aktivistinnen und Aktivisten, die ebenfalls durch Einsatzkräfte mittels Zwang gelöst werden musste. Dabei wurde ein Polizeidienstpferd verletzt.

Durch das NLStBV wurde gegen die verbliebenen Personen im Protestcamp Strafantrag wegen Hausfriedensbruches gestellt.

Das Verwaltungsgericht Hannover hat am Dienstag, 16. Januar 2024, entschieden, dass Medienvertretenden mit Blick auf die Pressefreiheit ein erweiterter Zugang in den Sicherheitsbereich zu gewähren ist. Die Polizeidirektion Hannover hat die Entscheidung des Verwaltungsgerichts Hannover angenommen und für die Medienvertretenden einen Sicherheitsbereich für den Aufenthalt außerhalb des direkten Gefahrenbereiches eingerichtet.

Einige Medienvertretende begaben sich anschließend in den unmittelbaren Gefahrenbereich unterhalb der Baumhausstrukturen des Protestcamps. Als Reaktion wurden die Medienvertretenden sowie Polizeikräfte durch die Aktivistinnen und Aktivisten aus den Baumhäusern mit gelber Flüssigkeit - vermutlich Urin - beworfen. Die polizeilichen Einsatzmaßnahmen zur Räumung des „Barrio Tümpeltown“ mussten dadurch kurzfristig für 17 Minuten unterbrochen werden.

Bei Wiederaufnahme der polizeilichen Vorbereitungsmaßnahmen der Räumung erfolgte zunächst ein Beschuss der eingesetzten Polizeikräfte mit pyrotechnischen Erzeugnissen aus dem Protestcamp heraus. Weiterhin wurde im Rahmen der Räumungsmaßnahmen über einer eingesetzten Polizeibeamtin ein Behältnis mit etwa drei Liter gelber Flüssigkeit - vermutlich Urin - entleert. Insgesamt kam es im Laufe der Räumungsmaßnahmen zur Festnahme von einer mittleren zweistelligen Personenanzahl, die sich in den Strukturen des Protestcamps aufhielt.

Aufgrund der einsetzenden Dunkelheit musste die Räumung aus Sicherheitsgründen erneut unterbrochen werden. Etwa zehn Personen verblieben in den übrigen Strukturen des Protestcamps.

Gestern wurden die letzten verbliebenen Personen aus dem Protestcamp „Barrio Tümpeltown“ sicher und ohne besondere Vorkommnisse aus den Baumhausstrukturen zu Boden geführt.

Im Zusammenhang mit den polizeilichen Räumungsmaßnahmen wurden diverse Straf- sowie Ordnungswidrigkeitenverfahren eingeleitet, unter anderem wegen Hausfriedensbruchs sowie Verstoßes gegen das Versammlungsgesetz.

Aufgrund der aktuell noch andauernden Einsatzmaßnahmen liegt ein abschließendes Fazit noch nicht vor. Der Räumungsfortschritt verläuft jedoch schneller als geplant, trotz des aufgeweichten Bodens.

Aktuell sind uns keine Verletzungen von Aktivistinnen und Aktivisten bekannt. Einige wurden vom Notarzt versorgt, als sie zum Teil recht unterkühlt aus den Baumhäusern kamen; sofern sie

das wollten - das war nicht immer der Fall. Aufseiten der Polizei wurden nach derzeitigem Stand 14 Einsatzkräfte verletzt.

Aussprache

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Vielen Dank für die Unterrichtung. Ich habe zunächst keine Fragen dazu, aber eine Anmerkung in Richtung von Herrn Watermann: Der Abgeordnete Christ, der ja auch Teil Ihrer Koalition ist, war als parlamentarischer Beobachter vor Ort - es gab sogar entsprechende Westen -, um den Polizeieinsatz zu begleiten und zu bewerten. So viel dazu, dass man hier die Profis machen lässt; das hatten Sie ja im Rahmen der Unterrichtung zu den Silvestereinsätzen betont. Der Fraktionsvorsitzende der Grünen, Detlev Schulz-Hendel, hat sogar den Polizeieinsatz und den Umgang mit der Presse kritisiert. So unkritisch, wie Sie vorgeben, gehen Sie also offenbar nicht mit Polizeieinsätzen um - zumindest dann nicht, wenn die Richtung aus Ihrer Sicht nicht stimmt. Es handelt sich hier um Linksextremisten, die die Polizei angegriffen haben und von denen eine große Gefahr ausging.

Am Ende muss man sagen, dass der Umgang mit diesem Camp „Tümpeltown“ doch ein großer Fehler war. Man hat dieses Camp, dieses Baumhauslager dort lange geduldet, man hat immer wieder Gespräche geführt, auch seitens der Polizei. Ich habe großen Respekt davor, mit wie viel Geduld die Polizei - wahrscheinlich auch aufgrund von politischem Druck - dort gehandelt hat. Aber man hätte dieses Camp schon längst räumen müssen, und zwar wahrscheinlich schon vor einem Jahr.

Wir haben uns dieses Camp auch als Innenausschuss angeschaut. Herr Lühmann war auch mit dabei. Damals musste ein Großeinsatz gemacht werden, um Baumfällarbeiten durchführen zu können. Dass man sich so etwas als Rechtsstaat und als Demokratie überhaupt antut, ist für mich nicht nachvollziehbar. Ich muss sagen, das hätte man so nicht stattfinden lassen sollen. Die Rechnung mussten die Polizisten zahlen, die dort sogar mit Urin beworfen worden sind. Das muss man sich einmal vorstellen: Man hat einen Einsatz und wird aus den Bäumen mit Urin beworfen. Das kennt man sonst nur aus dem Zoo.

Es ist unglaublich, was hier passiert ist, und es ist aus meiner Sicht ein großer politischer Fehler der Stadt Hannover, aber auch des Innenministeriums gewesen, in Zusammenarbeit mit dem Wirtschafts- und dem Umweltministerium, dieses Camp aus ideologischen Gründen dort zu behalten. Man hätte das von Anfang an nicht zulassen sollen.

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Herr Bothe, wenn Sie Erkenntnisse haben, dass das Camp von Linksterroristen bevölkert war, sollten Sie das zur Anzeige bringen.

(Abg. Stephan Bothe (AfD): Linksextremisten!)

- Linksextremisten. Dann sollten Sie das bei den Behörden zur Anzeige bringen.

(Abg. Stephan Bothe (AfD): Wer sollte es denn sonst sein?)

Abg. **Michael Lühmann** (GRÜNE): Herr Bothe, an dieser Stelle vielleicht einmal zur Erklärung: Parlamentarische Beobachtung ist ein Recht, das Parlamentarier haben, und dabei geht es nicht

darum, dort hinzulaufen und unser komplettes Misstrauen gegenüber der Polizei auszuschütten oder uns mit irgendjemandem zu verbrüdern. Das ist eine neutrale Rolle, und es ist eine kommunikative Rolle. Es ist eine Rolle der kommunikativen Unterstützung.

Auch in Göttingen gab es Einsatzlagen, bei denen wir als parlamentarische Beobachter*innen unterwegs waren, um kommunikative Prozesse von Polizei aktiv mit zu unterstützen und heikle Situationen zu bewältigen. Das ist das Recht eines Parlamentariers, es ist eine gute Möglichkeit der Unterstützung, und wir machen das nicht, ohne mit der Polizei zu kommunizieren. Ich empfehle Ihnen sehr, einmal mit den Einsatzkräften vor Ort zu sprechen, und bitte darum, auch ein bisschen bei der Wahrheit zu bleiben. Ich habe gerade das Statement der GdP und von verd.i gelesen, dass Sie vorhin im Rahmen der Unterrichtung zu den Einsätzen an Silvester angeführt haben. Sie sprachen von „Politikversagen“. Ich habe wirklich lange gesucht - dieses Wort steht dort nicht. Sie müssen schon ein bisschen darauf achten und vielleicht genauer lesen, was in den Pressemitteilungen steht. Ich empfehle Ihnen auch, die Pressemitteilung von gestern zu lesen. Damit können Sie sich auch gern einmal auseinandersetzen.

Bei diesen Einsätzen sind, wie gesagt, Straftaten passiert, und die müssen natürlich auch verfolgt werden. Es ist nicht schön, und es ist auch nicht zu akzeptieren, Polizist*innen mit Urinbeuteln zu bewerfen und zu überschütten. Ich glaube, die Aktivist*innen wissen, dass eine Besetzung Hausfriedensbruch ist, und sie können die rechtliche Situation einschätzen. Das wird dann auch entsprechend verfolgt; so funktioniert unser Rechtsstaat.

Ansonsten empfand ich auch diesen Einsatz als sehr maßvoll und gut durchgeführt. Meine Frage wäre: Musste jeder Aktivist einzeln rausgetragen werden, oder gab es auch andere Wege? Hat man auch Aktivist*innen freiwillig zur Aufgabe bewegen können? Das wäre ja auch ein Verweis auf die Einsatztaktik, die man dort fährt.

LPD **Leopold** (MI): Ein Großteil der Aktivisten ist dort verblieben, bis sie zu Boden gebracht wurden. Da wurde dann passiver Widerstand geleistet.

Ich war auch selbst vor Ort, als Sie dort waren. Ich glaube, da waren vier oder fünf Aktivisten, die aufgegeben haben und sich von den Einsatzkräften haben runterführen lassen. Die waren sicherlich ausgekühlt, keine Frage. Von daher: Der Großteil hat das Camp nicht freiwillig verlassen, sondern ist bis zum Schluss dortgeblieben.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Ich habe eine Frage zu den Urinbeuteln. Ist das eine neue „Masche“ der Demonstranten, die Einsatzkräfte mit Kot und Urin zu bewerfen? Aus meiner Zeit, im Zusammenhang mit Gorleben, kann ich mich an derartige Wurfgeschosse nicht erinnern. Dort haben wir andere Sachen erlebt, aber nicht so etwas. Aus dem Hambacher Forst ist ja auch bekannt, dass diese Mittel zum Einsatz gekommen sind.

LPD **Leopold** (MI): Eine generelle Entwicklung vermag ich an dieser Stelle nicht zu erkennen. Im Hambacher Forst war es der Fall und hier auch, und aus meiner persönlichen Sicht ist das eine besondere Form der Missachtung. Das ist natürlich in keiner Weise akzeptabel, auch wenn es nicht so gefährlich ist wie Steine werfen oder Ähnliches. Eine generelle Aussage kann ich dazu aber nicht treffen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Herr Lühmann, Herr Komolka sagte - zumindest in der Pressemitteilung, die mir vorliegt -: „Die ersten greifbaren Repräsentanten des Staates mussten erneut die

Köpfe hinhalten und wir können nur hoffen, dass es diesmal nicht bei warmen Worten bleibt“. - Ich habe das als „Politikversagen“ zusammengefasst. Ich habe nicht gesagt, dass es sich dabei um ein Zitat handelt, aber aus meiner Sicht hat er das gemeint. Zumindest habe ich das so interpretiert.

Meine Frage zu dem Einsatz am Südschnellweg lautet: Woher kamen denn diese Aktivisten, von denen die Frau Vorsitzende meinte, sie wüsste jetzt auch nicht, woher sie kamen? Damals, als wir vor Ort waren, hingen dort Antifa-Fahnen. Herr Leopold, können Sie bestätigen, dass es sich hier um linksextremistische Bereiche gehandelt hat, oder waren diese Menschen von Fridays for Future, also sogenannte Klimaaktivisten? Können Sie sagen, woher diese sogenannten Aktivisten kamen?

LPD **Leopold** (MI): Das müssten wir klären, wenn der Einsatz abgeschlossen ist. Ich weiß es tatsächlich nicht. Dass sie aus dem linken Spektrum sind, liegt, denke ich, auf der Hand. Aber woher sie kamen, aus welchen Gruppierungen und aus welchen örtlichen Bereichen, kann ich nicht sagen, weil nicht bei allen Identifizierungen stattgefunden haben und der Einsatz noch läuft. Dazu kann ich keine Aussagen treffen.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Sie möchten mir also sagen, Herr Leopold, dass Sie, obwohl dieses Aktivistencamp seit ungefähr anderthalb Jahren besteht, nicht wissen, aus welchem Spektrum diese Personen kommen?

LPD **Leopold** (MI): Ich habe ja gesagt, dass sie aus dem linken Spektrum kommen. Ich kann aber nicht sagen, ob sie von Fridays for Future sind oder aus welcher Region sie kommen, weil ich das dann verlässlich für alle Beteiligten sagen müsste, und das kann ich im Moment nicht.

Tagesordnungspunkt 2:

Unterrichtung durch die Landesregierung zur Hochwasserlage in Niedersachsen

Unterrichtung

LBrD **Rohrberg** (MI): Ich danke Ihnen für die Gelegenheit, Ihnen heute einige Informationen vorzutragen zu können, die nicht nur die Medien über Wochen beschäftigt haben, sondern insbesondere auch die vielen Helferinnen und Helfer. Dieses Hochwasser, das wir erlebt haben und in Teilbereichen auch noch erleben, unterscheidet sich ganz deutlich von den Hochwasserlagen, die wir bisher kannten.

Ich will das einmal mit Blick auf das Hochwasser selbst skizzieren. Wir kennen sonst Hochwasser, das durch höhere Pegelstände in den Flüssen verursacht ist. Wir hatten initial ein ganz anderes Phänomen, das die Einsatzkräfte unheimlich stark gebunden hat: Starkregen. Die Böden waren dadurch so stark gesättigt, dass die Aufnahmefähigkeit im Grunde genommen nicht mehr gegeben war. Dadurch kam es zu einem erhöhten Abfluss, vor allen Dingen aber nicht mehr zu einem geordneten Abfluss in einigen Bereichen, sondern das Wasser hat sich insbesondere in vielen Kellergeschossen, in Tiefgaragen, an Gebäuden und Einrichtungen bemerkbar gemacht. Das hat die Feuerwehren unheimlich in Atem gehalten, mit nicht von der Sache her, sondern von der Vielzahl her außergewöhnlichen Einsatzmaßnahmen. Wir gehen heute von einer Anzahl von Einsätzen im Bereich oberhalb von 20 000 aus.

Der andere Punkt dabei ist der Zeitraum. Das Hochwasser fand zu einer Zeit statt, in der jedes Jahr eine erhöhte Einsatzfrequenz nicht nur zu vermuten, sondern auch festzustellen ist: zur Jahreswende. In dieser Zeit haben alle Hilfskräfte - und ich glaube, das haben wir eben auch bei Herrn Leopold festgestellt - bereits alle Hände voll zu tun, und dieses Hochwasser hat eine zusätzliche Lage geschaffen.

Was dieses Hochwasser zudem von anderen Hochwassern unterscheidet, ist die Flächigkeit. Dabei geht es nicht nur um die Anzahl der Einsatzkräfte oder die Art der Einsätze - auch dort haben wir Verschiebungen - oder um die Orte, wo es stattgefunden hat - also Flüsse -, sondern wir hatten eine sehr große Fläche, und die hat die Sicherheitskräfte vor ganz andere Herausforderungen gestellt. Wir mussten nämlich davon ausgehen, dass wir auch höhere Rüstzeiten bzw. Eingriffszeiten haben. Wenn Straßen gesperrt sind, hat das immer Auswirkungen auf die Hilfsfristen. Das fängt im Rettungsdienst an, geht über Polizei bis hin zu den Feuerwehren. Das soll heißen: Wir müssen uns dort permanent in dieser Lage befinden.

Was dieses Hochwasser aber vor allen Dingen unterscheidet, ist, dass wir feststellen konnten, dass wir aus den vorangegangenen Hochwassern auf verschiedenen Ebenen gelernt und Konsequenzen gezogen haben. Wir hatten hier fast ausschließlich kommunale Lagen. Wir hatten keinen Kreis, der den Katastrophenschutzfall festgestellt hat. Man konnte feststellen, dass sich die Kommunen, die Städte und Gemeinden, anders vorbereitet hatten. Das betrifft nicht nur die Anzahl von Sandsäcken, sondern auch das Vorhalten mobiler Deichschutzsysteme. So etwas kannten wir in der Ausprägung vorher nicht.

Wir kannten aber auch die Effekte der baulichen Maßnahmen noch nicht. Ich möchte das am Beispiel von Hannover verdeutlichen: Dort wurde die Benno-Ohnesorg-Brücke von zwei- auf dreizügig umgebaut und das Ihmeufer aus Hochwasserschutzgründen abgeteufelt. Das hat natürlich Auswirkungen. Das macht einen Unterschied. In Summe hatten wir bei einer flächenmäßigen Betroffenheit von mehr als 80 % - ich will hier noch nichts zu Schadenssummen sagen - bewältigbare Lagen.

Ich würde jetzt gern auf einzelne Punkte eingehen und erklären, was sich eigentlich abgespielt hat. Wir hatten - und das kann ich durchaus für alle Hilfskräfte sagen - immer den Anspruch, nicht nur vor der Lage zu sein, sondern auch vor der Lage zu bleiben. Das erfordert auch frühzeitige Entscheidungen für Maßnahmen, wenn deren Notwendigkeit noch gar nicht eingetroffen ist. Sie können sich sicherlich vorstellen, dass es Zeit benötigt, ein mobiles Deichschutzsystem, das man selbst nicht mehr verfügbar hat, über eine größere Distanz an einen bestimmten Ort zu befördern. Wenn man also ein solches System vor Ort verfügbar machen will, muss man diese Entscheidung sehr früh treffen.

Zum Beispiel haben wir die Landessandsackreserve schon vor Weihnachten aufgestockt, weil aus den Niederschlägen und aus der sich abzeichnenden Entwicklung erkennbar war, dass wir zusätzliche Bedarfe haben werden. Wir haben dabei Mechanismen festgestellt, die man mittlerweile tatsächlich als bewährt voraussetzen kann, auch hinsichtlich des Verhältnisses zwischen den Bundesländern. Wir hatten eine gute Zusammenarbeit mit den anderen Bundesländern, und haben nicht nur Anfragen gestellt, sondern hatten auch schon am ersten Weihnachtstag Angebote. Zum Beispiel hat uns das Land Bremen 400 000 Sandsäcke angeboten. Bremen war zu der Zeit zwar noch nicht betroffen, aber ich finde, das zeigt schon, dass es eine große Solidarität unter den Ländern gegeben hat. Das hat sich später international fortgesetzt. Ich werde noch im Einzelnen darauf eingehen.

Ich habe gesagt, dass wir keinen Katastrophenfall hatten. Es gab aber acht Gebietskörperschaften, die ein sogenanntes außergewöhnliches Ereignis festgestellt hatten. Das war nicht zeitgleich der Fall, sondern zunächst war das südliche Niedersachsen betroffen - angefangen beim Harz. Sie haben sicherlich alle gut verfolgen können, dass die Talsperren randvoll gewesen sind und teilweise einen Füllstand von mehr als 100 % hatten. Aus der Okertalsperre strömten vom 25. auf den 26. Dezember zum Beispiel initial $16 \text{ m}^3/\text{s}$, und wir müssen davon ausgehen, dass sich dieser Wert vervierfacht hätte, wenn die Starkregenfront in der Form eingetreten wäre, wie sie avisiert worden war. Der Wert hätte dann um die $60 \text{ m}^3/\text{s}$ betragen. Das hätte sicherlich eine andere Auswirkung gehabt. Doch das ist nicht eingetroffen.

Natürlich haben wir auch während der jüngsten Hochwasser Erfahrungen sammeln können, gerade was die Flussläufe betrifft. Zum Beispiel gab es beim vorhergehenden Hochwasser, was die Innerste betroffen hat, im Landkreis Hildesheim noch Katastrophenalarm. Diesmal hatten wir auch im Landkreis Hildesheim in der Stadt Sarstedt im Ortsteil Ruthe eine kritische Situation. Genau dort ist der Zusammenfluss von Innerste und Leine. Man braucht keine Wissenschaft zu bemühen, um die Frage zu beantworten, wer dort gewinnt, die Innerste oder die Leine. Die Leine ist stärker dimensioniert, weshalb sie in der Innerste einen Rückstau verursacht. Dadurch entstehen dann natürlich auch die Überschwemmungen, und wenn die Leine nicht mehr abfließen kann, dann setzt sich das natürlich entsprechend fort. Daher standen wir dort tatsächlich vor Evakuierungsmaßnahmen.

Mit „vor der Lage zu sein“ meine ich, schon genügend Vorbereitungen zu treffen, sodass man unverzüglich handeln kann, wenn der befürchtete Fall eintritt. Das heißt auch, frühzeitig sehr viel Information in die Bevölkerung zu geben, um sie mitzunehmen. Aber auch die Hilfskräfte, die man dazu braucht, müssen vor Ort sein, und es müssen auch Verlagerungen bis hin zu Evakuierungen vorgenommen werden.

Wir hatten zudem einen Deichbruch im südlichen Bereich des Landkreises Northeim. Der Bruch war noch relativ günstig zu bewerten, weil er sich über ein Naherholungsgewässergebiet aus ehemaligen Kiesgruben erstreckt hat. So etwas kann auch ganz andere Ecken treffen und ganz andere Auswirkungen haben. Man muss sagen, dort sind wir mit einem blauen Auge davongekommen.

Auf der anderen Seite hatten wir eine Verschiebung nach Nordwesten in den Bereich Celle. Das betraf den ganzen Verlauf der Aller. Neben dem Landkreis Celle waren der Heidekreis und Stadt und Landkreis Verden bis hoch zur Weser betroffen und auch der Oldenburger Raum und das Emsland. Dort hatten wir eine ganz andere Situation. Wir hatten keinen unheimlichen schnellen und steilen Anstieg, sondern einen stetig zunehmenden. Die Wasserlast an den Deichsystemen war ganz anders, und das hat andere Maßnahmen erforderlich gemacht. In solchen Bereichen setzt man - das ist dann kein Abwehrmittel mehr - mobile Deichsysteme ein, um für den Fall eines Deichbruchs zu erreichen, dass man, wenn man keine Retentionsflächen hat, noch etwas schützen zu können. Das muss man im Vorfeld aufgebaut haben.

Dazu kommen durchnässte Deiche. Das ist nichts Besonderes, das kennen wir aus vielen Hochwasserlagen, irgendwann sind die Deiche wie Pudding. Das ist schon abenteuerlich, und da hat man mit einem Mal ganz andere Probleme. Da muss man zunächst dafür sorgen, dass nicht mehr zu viele Helfer darauf sind. Man muss da ganz andere Schutzsysteme verbauen. Wenn es zu Durchtränkungen kommt, verbaut man sogenannte Quellkaden. Das kennen die Einsatzkräfte, das vermitteln wir auch.

Man muss sagen: Wir hatten flächenbezogen eine ganz besondere Lage. Das kann man nicht mit ein paar Einsatzkräften handhaben. Da zahlt es sich aus, dass wir hier in Niedersachsen ein so starkes Ehrenamt haben, dass wir abgesehen von Kräften für Logistikaufgaben keine personelle Unterstützung aus anderen Bundesländern in Anspruch nehmen mussten. Es hat sich insbesondere ausgezahlt, in einer solch anspruchsvollen Situation maßvoll mit Kräften umzugehen und Schichtsysteme einzurichten. Es hat sich ausgezahlt, dass wir sogenannte Kreisfeuerwehrebereitschaften in Niedersachsen haben. Darum werden wir europaweit beneidet. Nur muss man das Ganze wie auf einer Klaviatur miteinander in Einklang bringen. Nicht nur die Feuerwehren untereinander müssen miteinander kommunizieren können, sondern ein interdisziplinärer Einsatz muss möglich sein.

Ganz klar ist, dass wir hier vom Ehrenamt profitiert haben. Aber wir hatten auch einen Einsatz von mehr als 100 000 Kräften. Ich glaube, das ist der größte Einsatz der vergangenen Jahrzehnte, den die Hilfsorganisationen insgesamt bewältigen mussten. Ich trage eine Feuerwehruniform, und darauf bin ich auch stolz. Aber das ist nicht nur der Verdienst der Feuerwehren. Das möchte ich betonen. Ohne unsere Polizistinnen und Polizisten, ohne die vielen Helferinnen und Helfer aus unseren vier Hilfsorganisationen, ohne die Bundesanstalt Technisches Hilfswerk, ohne die Bundeswehr und ohne die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft wäre so ein interdisziplinärer Einsatz, der mehrere Wochen dauert, nicht möglich.

Natürlich kann man immer etwas verbessern, aber ich glaube, dass die Einsatzkräfte gut und kräfteschonend zusammengearbeitet haben und sogar taktische Reserven für die „Primetime“ der Feuerwehren zum Jahreswechsel bilden konnten. Auch das wurde bewältigt. Dafür war nicht nur die hohe Motivation bei den Helferinnen und Helfern ausschlaggebend, sondern es war auch kluges Personalmanagement. Das muss ich an dieser Stelle einmal sagen.

Wir haben 1,4 Millionen Sandsäcke des Landes an die Kommunen ausgegeben. Vielleicht wären die Kommunen auch ohne diese Hilfe zurechtgekommen, aber wir haben ein Solidarprinzip. Es ist gut und richtig, dass nicht jeder alles machen muss, sondern dass man sich auf Kernaufgaben konzentriert. Das Land unterstützt die Kommunen, und wenn das Land noch Bedarf hat, dann unterstützt der Bund, und wenn dieser Bedarf hat, unterstützt Europa. Das ist die Systematik dahinter.

Wir haben frühzeitig 1,5 Millionen Sandsäcke geordert, sodass wir niemals die Situation hatten, dass wir bei einer Lageverschlechterung oder einer bestimmten Indikation, das heißt, wenn wir schlagartig an mehreren Stellen große Bedarfe gehabt hätten, nicht mehr reaktionsfähig gewesen wären.

Wir haben 11 780 m mobile Deiche zur Verfügung gestellt, zusätzlich zu den Beständen, die schon in den Kommunen vorhanden sind. Woher kommen die eigentlich? - Man muss dazu sagen, dass wir fast ausschließlich in Niedersachsen eine ganz besondere Lage hatten. Thüringen und Sachsen-Anhalt hatten später noch entsprechende Einsatzlagen und Schäden, aber nicht in der Dimension wie Niedersachsen. Wie hätte es ausgesehen, wenn wir diese Lage in mehreren Bundesländern gleichzeitig gehabt hätten? - Mit Blick auf genau diese Frage müssen die Mechanismen funktionieren. Deshalb haben wir sogar noch etwas „experimentiert“. Wir haben uns für Hochwasserschutzsysteme bundesweit entschieden und sie angefordert. Wir hatten nicht nur Angebote aus Bayern, sondern wir haben auch tatsächlich welche aus München angenommen und eingesetzt. Damit haben wir für künftige Fälle Erfahrungswerte, wie lange so etwas überhaupt dauert. Wir haben das aber nur in der Kenntnis getan, dass wir uns das erlauben können. Wir haben auch Systeme abgelehnt, zum Beispiel ein Rheinhochwasserschutzsystem aus Duisburg, weil es eine Aufbauhöhe von 3,60 m hat. Das mag man am Rhein benötigen, aber das war nicht unbedingt adäquat für unsere Situation hier. Dafür hatten wir ganz andere Systeme. Alle Bundesländer haben sich bekannt und gesagt, sie könnten hiermit oder damit sehr schnell unterstützen. Wir haben aus dem europäischen Ausland Hilfe bekommen, weil wir den EU-Katastrophenschutzmechanismus haben. Den gibt es schon seit 2001, seitdem wurde er schon mehr als 500 Mal für gegenseitige Hilfe beansprucht. Im vergangenen Jahre konnte Niedersachsen als einziges bundesdeutsches Land seinen Anteil dazu leisten, als es darum ging, Flugzeuge zur Waldbrandbekämpfung nach Griechenland zu schicken. Das ist gelebte Solidarität.

Wir hatten aus sechs Ländern Angebote und haben uns letztlich für ein französisches System entschieden. Das war, glaube ich, das erste Mal, dass eine französische Hochwasserkomponente in Deutschland eingesetzt wurde. Das war eine hervorragende Zusammenarbeit im Bereich der Ortschaft Thören. Es bot sich an, dass wir das System dort einsetzen, weil wir dort unser NLBK als Stützpunkt nutzen konnten. Damit hatten wir auch gleich die Unterkunft sichergestellt, aber auch die fachliche Verbindung und den Austausch und die gegenseitige Unterstützung.

Wir haben Fahrzeuge eingesetzt, die wir beschafft haben. Ich hätte mir gewünscht, wir hätten einige Beschaffungen, die eingeleitet sind, bereits jetzt zur Verfügung gehabt. Aber letztlich

muss man sagen: Wenn wir ein Spezialfeuerwehrfahrzeug mit Hochleistungspumpensystemen kaufen - wir als Land haben vier davon in der Beschaffung, die wir den Kommunen zur Verfügung stellen -, dann sind sie nicht von der Stange gekauft, sondern es braucht, bis sie produziert und ausgegeben werden. Sie werden in diesem Jahr ausgeliefert.

Wir hatten den Bedarf, Hubschrauber einzusetzen - ganz konkret von der Bundespolizei - zum Verbau von Bigpacks, das sind diese großen Behältnisse, die man mit 1,6 t Sand beladen kann. Wenn man diese verbaut, braucht man schon eine entsprechende Hubschrauberausstattung. Zudem hat uns die Bundeswehr hier in Niedersachsen zehn Hubschrauber zur Verfügung gestellt. Das finde ich äußerst beachtlich. Wir haben sie gestaffelt mit einer Einsatzzeit X plus 60 als geringsten Wert, das heißt, wenn wir beauftragen, müssen sie 60 Minuten später einsatzbereit für uns in der Luft sein. Das ist schon ein gutes Gefühl.

Wir hatten sie nicht nur für einen möglichen Verbau oder für die Verlegung von Einsatzkräften, sondern wir haben sie immer auch als eine Option angesehen, wenn wir gegebenenfalls Evakuierungsmaßnahmen durchführen müssen. Zumindest wollten wir dort eine Rückfallebene haben und redundant ausgestattet sein neben den gebundenen Komponenten.

Ferner haben wir acht wadfähige Fahrzeuge, die im Landesamt stationiert sind, allesamt an die Kreise gegeben, vordergründig Logistikkomponenten. Wir haben aber auch Landeseinheiten mit dieser Befähigung, nämlich Logistik und Transport, die wir in Cuxhaven und in anderen Kreisen stationiert haben, mit eingesetzt. Ich glaube, das hat sich bewährt. Wir haben unter anderem auch einen sogenannten PowerBully, ein kettengetriebenes Fahrzeug, eingesetzt. Es war erstmalig im Einsatz, und man konnte sehen, wie sehr man sich bei der „Verschiebung“ unserer Einsatzszenarien auch technisch weiterentwickeln muss. Man kommt auch mit wadfähigen Fahrzeugen nicht an alle Stellen heran, das geht einfach nicht. Mit einem kettengetriebenen Fahrzeug, das auch Logistikaufgaben wahrnehmen kann, hat man tatsächlich Möglichkeiten. Es wurde angefordert aus den Kreisen, und für uns war selbstverständlich, dass das so schnell wie möglich zur Verfügung gestellt wird.

Wir bereiten den Einsatz schon jetzt nach. Wir dokumentieren nicht nur, sondern wollen auch die entsprechenden Schlussfolgerungen daraus ziehen. Aber bevor ich in die Bewertung gehe: Eine ganz wesentliche Schlussfolgerung ist der Bedarf einer landesweit nutzbaren Stabssoftware. Momentan haben wir sie noch nicht. Wir haben den Auftrag dafür zwischen Weihnachten und Neujahr vergeben - nicht aufgrund des Hochwassers, sondern dahinter steht ein sehr kompliziertes Ausschreibungsverfahren. Aber ich bin froh, dass wir damit eine Vernetzung der Datenlage hinbekommen werden. Wir werden dann sicherlich auch sehen müssen, dass wir diese Vernetzung über die Grenzen Niedersachsens hinaus fortführen. Aber zunächst ist erst einmal wichtig, dass wir alle Kreise, die Katastrophenschutzstäbe und die Kreisleitstellen miteinander vernetzen können. Ich glaube, das ist ein ganz wesentlicher Schritt.

Ich freue mich auch darauf, dass wir Hochleistungspumpensysteme in Betrieb nehmen können. Am vergangenen Samstag - und das zeigt ja auch die Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern - konnten wir 26 spezielle Fahrzeuge an niedersächsische Kommunen vergeben, hierbei handelte es sich in erster Linie um wadfähige Fahrzeuge, auch für den Bereich Sanitäts- und Rettungsdienst. Ich glaube, das sind allesamt Schritte nach vorn.

Wir haben gesehen, dass die Kommunen, die Kreise und das Land investiert haben und dass das gut zusammenpasst, aber ich kann auch feststellen: Es muss weiter investiert werden. Das ist eine ganz klare Aussage. Wir sind nicht da, wo wir jetzt eigentlich sein müssten und wo wir in Zukunft sein müssen. Ich bin sehr froh, dass Sie sich derzeit mit einem Nachtragshaushalt zu dieser Thematik befassen.

Wenn ich ein kurzes Fazit wagen soll: Ich glaube, dass sich das Instrument des „außergewöhnlichen Ereignisses“ - Sie haben das ja mit der jüngsten Novellierung des NKatSG beschlossen - bewährt hat. Wir werden aber noch ein paar Erfahrungen sammeln müssen, und es hat sich gezeigt, dass dieses Instrument in der Fläche noch gar nicht so bekannt ist. Ich war ein bisschen erstaunt, dass ich das einem Landrat anraten musste. Manchmal hat es Vorteile, wenn man sehr viel in der Fläche unterwegs ist, gerade auch, wenn so ein Einsatz läuft.

Das Kompetenzzentrum Großschadenslagen hat sich bewährt. Ich glaube, das ist eine gute Instanz, die nicht nur die Anforderungen bedienen konnte, sondern auch koordinativ gewirkt hat und bestimmte Anpassungsprozesse auch zwischen den vielfältigen Akteuren - und zwar nicht nur zwischen Land und Kommunen, sondern auch zwischen den Organisationen selbst - durchgeführt hat.

Ich bin froh, dass wir im vergangenen Jahr noch den Beschluss gefasst haben, dass wir ein neues Krisenmanagement im Land Niedersachsen aufbauen wollen und dass wir damit einhergehend zwei Krisenreaktionszentren in Betrieb nehmen werden - eines noch in diesem Jahr, am Landesamt für Brand- und Katastrophenschutz.

Ich bin auch froh, dass wir unsere Kreisfeuerwehrebereitschaften haben, sie haben sich abermals bewährt. Sie wurden eigentlich aus der Intention heraus und mit dem Zweck gebildet, sich besser für die Waldbrandbekämpfung aufzustellen. Aber dass man diese Komponenten auch ganz anders einsetzen kann, wurde sicherlich deutlich dokumentiert.

Ich bin sehr dankbar, dass wir eine so hohe Anerkennung und Unterstützung in der Bevölkerung gefunden haben. Das reichte von der spontanen Hilfe, bei der sich Bürgerinitiativen zusammengeschlossen haben, bis zur Kanne Kaffee, die den Einsatzkräften gebracht wurde. Ich kann nur sagen: Das tut manchmal ganz gut, insbesondere bei so einem Wetter. Eine Tasse Kaffee nimmt jeder gern. Solche Gesten sind mehr als trockene Worte. Das zeigt, dass wir bei allem, was wir heute hier auch schon gehört haben, eine sehr solidarische Gesellschaft haben.

Ich habe das absichtlich jetzt vorangestellt. Denn es gab Dinge, die mich gleichermaßen geärgert haben. Natürlich gibt es immer Unvernünftige, die Rettungskräfte binden, während wir sie an anderen Stellen viel nötiger hätten einsetzen müssen. Es ist weiß Gott nicht schön, wenn man als Strömungstaucher ins Wasser geht - das ist unheimlich kräftezehrend -, nur weil jemand meint, er müsse mal eben mit einem Neoprenanzug einen Kick haben. Dafür haben wir als Hilfskräfte keinerlei Verständnis. Ich glaube, dieses Gefühl teilen wir alle.

Ich habe gesagt, wir müssen noch weiter investieren: Ich glaube, dass wir eine gute Aufgabenteilung zwischen den Kommunen und dem Land haben - den Bund will ich an dieser Stelle nicht nennen -, weil wir auf der einen Seite einen Grundschutz in den Kommunen haben, auf der anderen Seite aber genau wissen, wo wir unterstützen müssen. Da werden wir noch einiges tun

müssen, aber wir können das auch, und ich glaube, dass der eingeschlagene Weg auch ein Garant dafür war, dass wir dieses Hochwasser ohne großartige Blessuren mit Blick auf körperliche Schäden überstanden haben. Das ist mir sehr wichtig. Innerhalb der Feuerwehren gab es zwei Verletzte. Sie sind mittlerweile auf dem Weg der Genesung. Sonst gab es nur leichte Verletzungen, und das ist gut so.

Aussprache

Vors. Abg. **Doris Schröder-Köpf** (SPD): Vielen Dank für Ihr persönliches Engagement, Herr Rohrborg. Bitte geben Sie den Dank auch weiter. Es war wirklich ein großartiger Zusammenhalt, den wir beobachten durften.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Ich glaube, niemand unter den Innenpolitiker*innen hatte ruhige Feiertage, denn sie haben sich mit den betroffenen Menschen und den Hilfsorganisationen auseinandergesetzt. Ich selbst war am 27. Dezember mit Herrn Kauroff und meinem Kollegen Herrn Leddin in Eicklingen. Wir haben uns vor allen Dingen die Sandsackfüllstation angesehen und uns einen Eindruck davon verschafft, wie es dort lief. Damals kam auch der mobile Damm aus Bonn. Der Zusammenhalt, den Sie beschrieben haben, war dort sehr eindrücklich zu spüren. Menschen aus allen Landesteilen, die Kreisfeuerwehrbereitschaften aus ganz Niedersachsen, deren Bereiche nicht vom Hochwasser betroffen waren, haben trotz der Weihnachtsfeiertage ihre Sachen gepackt und sind losgefahren, um ihren Kameradinnen und Kameraden zu helfen. Das Gleiche gilt für die DLRG, das THW und alle anderen Hilfsorganisationen, die wir noch haben.

Wie der kommunale Zusammenhalt war, konnte ich auch am 3. Januar in Lilienthal erfahren. Dort war ich mit unserem Umweltminister Herrn Meyer unterwegs. Auch die Landwirtinnen und Landwirte - das möchte ich hervorheben - haben überall geholfen, die Sandsäcke zu fahren. Die Menschen vor Ort haben unterstützt, Kaffee gekocht, Kuchen gebacken und die Einsatzkräfte versorgt. Das sind jetzt nur ein paar Beispiele. Dieser Zusammenhalt und diese Solidarität sind in diesem Land einfach viel stärker als Hass, Hetze und Spaltung. Wir hatten im März vergangenen Jahres eine Aktuelle Stunde mit dem Titel „Kommunen am Abgrund“. Das konnte ich nicht sehen. Im Gegenteil, dieses Land steht zusammen, gerade wenn es schwierig ist. Dafür an alle herzlichen Dank.

Sie haben von mehr als 100 000 Einsatzkräften gesprochen. Natürlich müssen wir jetzt auswerten, was wir noch besser machen können und müssen. Wir müssen immer mitdenken, dass die Klimafolgenanpassung ein ganz großer Punkt ist. Denn es ist zu erwarten, dass solche Ereignisse durch den Klimawandel in Zukunft zunehmen, ebenso wie Dürre und das Risiko für Brände in den vergangenen Jahren. Vielen Dank für das vorausschauende Handeln und dass sowohl im vergangenen Jahr an Waldbrandgefahr - Stichwort „Flugzeuge“ - als auch jetzt an Hochwasser gedacht worden und dazugelernt worden ist, auch wenn andere Bundesländer betroffen waren. Sachsen-Anhalt, Thüringen und Nordrhein-Westfalen waren ebenfalls betroffen und trotzdem war der Zusammenhalt länderübergreifend und auch europaübergreifend vorhanden. Die Solidarität zu sehen und zu erfahren, dass man einander in solchen Situationen hilft, war sehr schön.

Sie haben berichtet, dass die Stabssoftware bestellt wurde. Können Sie schon sagen, wann sie ungefähr ausgerollt wird?

LBrD **Rohrberg** (MI): Ich gehe davon aus, dass wir im Frühjahr mit dem Ausrollen beginnen können. Dahinter stehen natürlich große Schulungserfordernisse. Aber ich bin froh, dass wir jetzt tatsächlich eine Systementscheidung mit einer hohen Akzeptanz getroffen haben. Denn das ist ein System, das viele Kommunen schon kennen. Dennoch bereiten wir natürlich unsere zentrale Ausbildungsstätte entsprechend vor, sodass wir eine adäquate Dienstleistung abliefern können, was den Ausbildungsbedarf dafür in den Kommunen angeht.

Abg. **André Bock** (CDU): Auch vonseiten der CDU-Fraktion ein Dankeschön, Herr Rohrberg, an Sie persönlich und die Menschen um Sie herum, mit denen Sie zusammenarbeiten, und natürlich an alle ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer, Feuerwehkräfte, Rettungsdienste und alle anderen, die im Einsatz waren. Es haben sich sicherlich schon viele Stellen und auch Vertreter der Fraktionen bedankt, aber auch von mir noch einmal ein herzliches Dankeschön für das Engagement in einer Zeit, in der jeder sicherlich lieber zu Hause bei den Liebsten gewesen wäre und Weihnachten und Silvester gefeiert hätte. Viele haben das eben nicht getan, und ich bin immer noch erstaunt und positiv überrascht, dass diese Gesellschaft bei solch außergewöhnlichen Ereignissen dann doch zusammensteht und so hilfsbereit ist. Das haben wir in der Coronazeit gesehen. Das haben wir während der Flüchtlingssituation 2015/2016 gesehen. Das haben wir bei anderen Hochwasserlagen wie im Ahrtal gesehen und jetzt bei uns in Niedersachsen erlebt, wengleich wir auch eine Gesellschaft sind, die schnell dazu neigt, ein paar Wochen später zu schimpfen und nach dem Staat zu rufen, wenn hier und da etwas nicht funktioniert. Aber entscheidend ist, dass die Menschen in außergewöhnlichen Lagen so hilfsbereit sind. Das ist nicht selbstverständlich, und wir müssen alles dafür tun, dass diese Hilfsbereitschaft auch erhalten bleibt.

Der Staat und wir als Land müssen jetzt im Nachgang schauen, wo es gehakt hat und wo man nachsteuern muss. Sie haben das Thema „außergewöhnliches Ereignis“ angesprochen. Wir haben das in der vergangenen Wahlperiode auf den Weg gebracht, und es hat sich bewährt. Es ist zwar offenbar nicht bei allen in der Fläche angekommen, aber es gilt als ein gutes Instrument bei denen, die es dann auch angewandt haben. Insofern haben wir alles richtig gemacht.

Ich war etwas überrascht, als ich aus dem Raum Celle hörte - Stichwort „Sandsackreserve“ - Sie haben das angesprochen -, dass einige der Sandsäcke aus unserer Reserve nicht mehr einsetzbar waren. Celle hat sich aufgemacht, noch eigene Kapazitäten zu bestellen, weil die Sandsäcke, die das Land als Reserve vorrätig hatte, teilweise marode waren, was bei längerem Liegen von Material nicht ungewöhnlich ist - Stichwort „Materialermüdung“. Müssen wir noch einmal genau auf die Reserven schauen und prüfen, ob sie tatsächlich einsetzbar sind?

Das ist der eine Punkt, der andere betrifft die mobilen Deiche. Können Sie konkret ausführen, wie gut solche Deichsysteme Hochwasser abhalten? Wie lange sind sie einsetzbar? Mir scheinen das, soweit ich bisher gehört habe, sehr bewährte Systeme zu sein, bei dem wir - Stichwort „Investitionen in den Katastrophenschutz“ - vielleicht einmal nachsteuern müssen und gucken, ob wir als großes Flächenland solche Systeme regional vorhalten sollten und nicht nur zentral an den Katastrophenschutzstandorten, damit sie schneller an die Gefahrenstellen kommen können, wenn es notwendig. Vielleicht können Sie die Funktionsweise dieser Systeme einmal erläutern.

Sie haben auch gesagt, wie viele mobile Deiche wir im Einsatz hatten. Das darf das Land - egal, wer es regiert - nicht davon abhalten, mehr in den Deichschutz und in Deichbaumaßnahmen zu

investieren. Das ist kein einfaches Thema, denn das kostet viel Geld, es ist langwierig, der Naturschutz ist mitbetroffen. Insofern scheinen mir mobile Deichsysteme als Schutz im Bedarfsfall ein wirklich gutes Instrument zu sein, von dem wir mehr beschaffen sollten, weil der Deichausbau so viel Zeit braucht, dass manche Schadenslage schon vor dessen Vollendung wieder eintreten wird.

LBrD **Rohrberg** (MI): Ich war auch etwas erstaunt. Wenn ich Sandsäcke brauche, einen Ballen abwickle und dann Löcher im Material feststelle, dann ist das nicht das, was wir alle uns vorstellen. Ich war ganz froh, dass es wahrscheinlich nicht die ganze Charge betroffen hat. Aber das haben wir aufgenommen. Das kann so nicht sein. Nun muss man sagen, dass kein Verfallsdatum darauf ist. Das Material unterliegt sicherlich auch witterungsbedingten Alterungsprozessen. Aber das ist tatsächlich ein Punkt, über den wir mit dem Umweltministerium, das ja für die Landessandsackreserve zuständig ist, sprechen müssen, damit wir das nicht noch einmal erleben müssen. Ich finde, das ist selbstverständlich.

Zu den mobilen Deichen. Sie haben zum Schluss Ihrer Betrachtungen, wie ich finde, genau das Richtige zum Ausdruck gebracht. Mobile Deiche können keinen baulichen Hochwasserschutz ersetzen. Sie können zum Beispiel aufgebaut werden, wenn die Gefahr besteht, dass eine Straße, die als Deich ausgelegt ist, unterspült wird, das war etwa bei der L 191 der Fall, oder etwa, wenn man sich absichern will, wenn man den Verdacht hat, dass Deiche überspült werden oder brechen könnten. Sie haben eine gewisse Standhaftigkeit, aber sie sind keine Alleskönner. Das können Sie nur auf kurzer Distanz machen, und das ist lokal sehr unterschiedlich. Aber Sie können damit Objekte zum Beispiel der kritischen Infrastruktur schützen, darum geht es uns. Sie können ein Altenpflegeheim, ein Krankenhaus oder ein Kraftwerk einhausen. Für diesen Zweck kann ich mir das gut vorstellen oder zum Schutz von Industrieobjekten.

Es gibt verschiedene Systeme. Es gibt Kammersysteme, es gibt das Aquariwa-System. Ich will hier keine Firmenwerbung betreiben, das liegt mir völlig fern. Aber ich will es einmal nennen, weil es ein weit verbautes System ist und wir davon Kontingente haben. Es gibt das Haawal-System, um eine andere Firma zu nennen. Man muss das immer in Abhängigkeit des Zwecks sehen. Wo will man was damit erreichen? - Das erstgenannte System besteht aus Tonnen, die man aus Platten formt. Sie sind relativ einfach aufzubauen, man legt Folie hinein und füllt sie mit Wasser oder stabilisiert sie anders. Das ist ein sehr stabiles System mit einer ziemlich guten Wirkung. Man kann das mit der einer Mauer vergleichen. Die Schlauchsysteme sind nicht so stabil. Dabei werden Folien mit Wasser gefüllt. Sie können das zwei- oder dreilagig machen. Eine Lage reicht nicht aus, dann läuft man Gefahr, dass das System wegrollt, wenn eine Flutwelle kommt. Das geht also nicht. Man muss das Ganze örtlich betrachten.

Wir haben den Kommunen in Summe 11 780 m mobile Systeme zur Verfügung gestellt, auch aus anderen Bundesländern und aus Frankreich. Brauchen wir jetzt genau diese Summe? - Nein, das muss nicht unbedingt ein Indikator sein, das müssen wir etwas differenzierter betrachten, denn wir wissen, dass einige Kommunen in Niedersachsen noch Systeme als kommunale Vorsorge hatten, aber sie uns aus guten Gründen nicht zur Verfügung stellen konnten, sie hatten zwar noch keine Betroffenheit, aber sie wollten nicht Gefahr laufen, die Systeme abzugeben und dann zwei Tage später selbst eine solche Situation zu haben. Dafür haben wir volles Verständnis. Das wird aber ein Thema sein, das man im Nachgang in den Gesprächen mit den kommunalen Spitzenverbänden aufarbeiten wird müssen. Wo ist eine sinnvolle Ergänzung für die Kommunen durch das Land gegeben? Danach werden wir uns ausrichten.

Abg. **Stephan Bothe** (AfD): Vielen Dank für die Unterrichtung. Ich möchte mich auch ganz herzlich für Ihre Arbeit und die Arbeit aller Ortsfeuerwehren, die ganz hervorragend agiert haben, bedanken. Innerhalb von 25 Stunden 3 500 Menschen an die Deiche zu bekommen, war eine logistische Meisterleistung. Wenn man sieht wie „milde“ alles verlaufen ist, dann muss man feststellen, dass hier eine ganz hervorragende Arbeit von den Ortsfeuerwehren geleistet worden ist.

Dazu kommen die Hochwassermaßnahmen der vergangenen Jahrzehnte, die hier angeschlagen haben. Ich habe mir die Sommerdeiche, die an der Aller geschaffen worden sind, angeschaut. Die haben ihren Zweck erfüllt. Es gibt dort Überflutungsgebiete. Die Ortschaften wie Verden waren zwar schon betroffen, aber nicht in solcher Härte, weil es diese Flächen gab. Das hat funktioniert.

Sie sprachen von den Harzer Talsperren. Das Wassermanagement muss im Nachgang zumindest bewertet werden. In den vergangenen Jahren, gerade zum Jahreswechsel 2022/2023, wurden beispielsweise 4 m³/s abgelassen. Im vergangenen Jahr waren es zwischen dem 15. und dem 21. Dezember 7 m³/s. Dann ist die Menge stark erhöht worden. Der Höchststand war 30 m³/s am 26. Dezember.

Meine Frage: Wie bewerten Sie als Vertreter der Feuerwehr das Wassermanagement der Talsperren? Hätte man dort früher Wasser ablassen müssen? Wurde dort zu lange angestaut, so dass es am 26. Dezember zu einem so starken Ablassen kam, was massiven Einfluss auf die Pegelstände gerade in der Aller, aber auch in anderen Flüssen wie der Oker hatte. In Braunschweig war eine Flut erwartet worden, die dann glücklicherweise nicht eintrat. Haben Sie dazu eine Meinung?

LBrD **Rohrberg** (MI): Ich habe eine Meinung dazu, aber ich bin kein Wassermanagementexperte. Nach allem, was ich weiß und was mir bekannt wurde, hat das Wassermanagement hingehauen. Wenn ich das auf Salzderhelden als Rückhalteeinrichtung beziehe, muss ich sagen, dass uns das sehr geholfen hat. Dort wurde einiges ausgebaut. Aber ich kann Ihnen das schlicht und ergreifend nicht abschließend beantworten.

Abg. **Ulrich Watermann** (SPD): Auch von mir ein Dankeschön. Ich bin auch dankbar gewesen für die Art der Kommunikation in den Medien. Wenn man direkt betroffen ist und sieht, wie die Berichterstattung die Dramatik sehr hochjazzt, findet man es sehr hilfreich, wenn jemand ein bisschen Ruhe hineinbringt. Denn die Betroffenen können mit so viel „Hysterie“ nichts anfangen.

Ich habe eine Frage, die damit zu tun hat, dass ich erlebt habe, dass die Nachbargemeinde Rinteln - der Kollege Grosch ist dort Abgeordneter - gerade über Weihnachten erhebliche Probleme bei der Unterbringung hatte. Das hat mich dazu veranlasst, darüber nachzudenken, dass man im Nachgang vielleicht mit den Landkreisen darüber sprechen sollte, wie man eine solche Situation bewältigt. Die Kommune musste auf einen Schlag 1 000 Menschen unterbringen, aber die Halle, in der sie sie unterbringen wollte, lag auch im Hochwassergebiet, und sie hatte keine adäquate Alternative. Die Situation hat sich Gott sei Dank ziemlich schnell entspannt, sie hätte sich aber auch durchaus zuspitzen können. Da merkt man ziemlich schnell, dass es gerade Weihnachten sehr schwer ist, eine Liegenschaft zu finden, die noch Menschen aufnehmen kann. Denn es ist gar kein Personal vorhanden. Dankenswerterweise haben sich ein paar Menschen bereit erklärt, aber ich würde gern wissen, ob man das vielleicht in die Strategien für die Zukunft mit einplant.

Ich wüsste auch gern, ob beabsichtigt ist, die Situation insgesamt mit allen Beteiligten aufzuarbeiten, auch das Ergebnis, dass so einige die Möglichkeit des Voralarms gar nicht im Kopf hatten. Das hat mich stutzig gemacht, aber das ist ein Zeichen, dass gerade diese Systeme nur funktionieren, wenn sie fein abgestimmt, geübt und nachgearbeitet werden.

Ich bin sehr dankbar, dass wir nach jedem Ereignis immer genau gucken, wie wir das System weiterentwickeln, völlig egal, wer regiert. In den elf Jahren habe ich das mit unterschiedlichen Partnern gemacht. Das ist im Übrigen, finde ich, das Entscheidende. Es kann immer Punkte geben, an denen man einen Fehler gemacht hat, Sandsäcke können beschädigt sein, etc. Genau das sorgt aber dafür, dass man es für die Zukunft anders macht. Ich glaube, dass wir in Niedersachsen das gerade auch mit den Feuerwehren und den anderen Blaulichtkräften immer wieder gut hinbekommen. Das ist eine hervorragende Situation. Und ich muss sagen, dass dieses Ereignis eine entscheidende Erkenntnis mit sich gebracht hat: Die Lauten sind nicht die Mehrheit. Das wird oft verwechselt. Die Lauten sollen weiterhin laut sein, aber wir halten zusammen.

LBrD **Rohrberg** (MI): Wir haben eine viergliedrige Aufarbeitung eingeleitet. Wir wollen das mit verschiedenen Zielgruppen auch in Workshops aufarbeiten, aber unter Einbeziehung aller. Das betrifft nicht nur alle Hilfsorganisationen, sondern auch die kommunalen Spitzenverbände, also sind auch Vertreter der Kommunen dabei. Das müssen wir auch so machen, weil wir sonst keinen Ansatz finden könnten, die Erfahrungen aus dieser Hochwassersituation in die Einsatzplanung, die technische Ausstattung, die Aus- und Fortbildung und wie wir sie künftig gestalten, aber auch in das Verständnis, wie wir zwischen den Bundesländern miteinander kommunizieren, einfließen zu lassen. Jeder Einsatz ist nicht nur eine Herausforderung, sondern gleichermaßen ein Auftrag, ihn aufzuarbeiten und damit die Erkenntnisse daraus für das künftige Zusammenwirken zu berücksichtigen.

Ich glaube, wir sind insgesamt, unabhängig vom Hochwasser, gut beraten, interdisziplinärer und auch internationaler als bisher zu denken. Wir werden das weiter ausbauen müssen. Wir haben damit im vergangenen Jahr mit Blick auf Vegetations- und Waldbrandbekämpfung begonnen. Aber wir dürfen die Rahmenbedingungen nicht ganz außer Acht lassen. Ich brauche sie hier nicht aufzählen - ich will hier nicht nur auf den Klimaschutz eingehen -, ob das Pandemie, Krieg in Europa oder andere Dinge sind. Wir brauchen eine ganzheitliche, interdisziplinäre, internationale Betrachtungsweise.

Wir haben vier Themenfelder vorgesehen, in denen wir die Ereignisse aufarbeiten - einmal referatsintern, referatsübergreifend, in einer Arbeitsgruppe unter Beteiligung der kommunalen Spitzenverbände und der Hilfsorganisationen und in einer Arbeitsgruppe, die sich nur darum kümmert, wie das Handling über das Gemeinsame Melde- und Lagezentrum von Bund und Ländern (GMLZ) lief, bzw. wie unser Kontakt nach Europa war. Wenn man überhaupt von Problemen spricht: Manche Probleme hat man ganz gern. Im Moment müssen wir zusehen, dass wir die dänischen Kollegen etwas aufbauen, weil diese ganz traurig sind, dass sie uns nicht helfen konnten. Das sind Dinge, die wir gern bearbeiten.

Zu Ihrer Frage zu den Betreuungsmöglichkeiten. Wie können wir das machen? - Wir haben uns landesseitig darauf eingerichtet, bei jeglichen Lagen bis zu 3 000 Personen ad hoc unterbringen zu können. Das findet in Zusammenarbeit mit unseren Hilfsorganisationen statt. Das System nennt sich Betreuungsplatz 500. Wir haben sechs Komponenten davon disloziert über Niedersachsen. Wir sind dazu in der Lage, zwar nicht mit einer ausgeprägten Aufenthaltsqualität, aber

wenn wir Situationen haben - das kann ein großer Zugunfall oder ein anderes Szenario mit einem Massenansturm von Verletzten sein - müssen wir diese handhaben können. Gleichermaßen müssen wir auch das Szenario mit einer hohen Anzahl betreuungspflichtiger Unterzubringender auch bei extremen Außenbedingungen wie Kälte oder Regen hinbekommen. Dafür haben wir das Potenzial jetzt noch einmal geschärft. Wir denken, dass wir diese sechs Komponenten schlagartig einsetzen könnten.

Das befreit uns aber nicht davon, auf der lokalen Ebene vorzusorgen. Wir haben einen Erlass herausgegeben, der sich an die Landkreise und kreisfreien Städte richtet, in denen die Aufnahmemöglichkeiten aus verschiedenen Gründen ausgebaut werden müssen bis hin zu einem Prozent der Bevölkerung. Auch das ist eine Antwort. Wir sind mittendrin. Das ist ein ganz neuer Erlass, und wir müssen sicherlich noch ein wenig Erfahrung damit sammeln. Aber ich bin froh, dass wir schon einmal eine Antwort haben, die wir jetzt schon ad hoc einsetzen können, und für die auch die Ausbildung und die technische Ausstattung vorhanden sind.

Abg. **Nadja Weippert** (GRÜNE): Sie haben jetzt die referatsinterne und -übergreifende Arbeit dargestellt. Tatsächlich hatten wir hier eine niedersächsische Seenplatte. Gerade wenn man durch den Landkreis Osterholz gefahren ist, hat man nur noch Wasser gesehen. Dort war noch ein anderes Haus stark beteiligt. Das konnte ich sowohl in Eicklingen im Lagezentrum als auch in Lilienthal sehen. Das NLWKN war vor Ort ganz stark eingebunden. Ich habe gehört, dass die Zusammenarbeit gut geklappt hat. Ich würde aber gern einmal von Ihnen hören, wie die ressortübergreifende Zusammenarbeit gerade in diesem Bereich zwischen dem Innenministerium und dem Umweltministerium geklappt hat. Herzlichen Dank an alle, die in den Ministerien beteiligt waren und über die Feiertage gearbeitet haben.

LBrD **Rohrberg** (MI): Den Dank will ich gern ausdrücken. Die Zusammenarbeit ist für uns selbstverständlich. Sie findet in der strukturierten Form von Lagebesprechungen, die auf einer Stabsarbeit basieren, statt. Dabei wird wenig diskutiert, sondern es wird ein knackiges Lagebild erzeugt und die Maßnahmen, die erforderlich sind, abgestimmt. Dann wissen alle Bescheid.

In der Zusammenarbeit mit dem NLWKN und dem MU ging es insbesondere um die Notwendigkeit einer Expertise: Wie werden sich Pegelstände erhöhen, und womit müssen wir in welchem Zeitraum rechnen? - Das war durchaus unterschiedlich. Ich hatte es vorhin schon gesagt. Bei den kleineren Flüssen wie Haase und Hunte und auch im Bereich der Aller hatten wir sehr langgezogene Wellen, wohingegen wir bei Leine und Innerste mehr kurzfristige Effekte hatten, die dann aber auch wieder zurückgegangen sind. Über diese Expertise - wie verhält es sich in den jeweiligen Flüssen - verfügen wir nicht. Dafür gibt es die Experten beim NLWKN. Wir haben uns natürlich auch darauf gestützt, wenn es um die Einschätzung der Haltbarkeit von Deichen ging. Wir haben nicht die Befähigung, Deichläufer einzusetzen. Wichtig ist, dass man das vor Ort gut koordiniert, aber auch zentral steuert, sodass man miteinander arbeitet. Vor allen Dingen ist wichtig, dass es irgendwo einen Anker gibt, an dem die Informationen zusammenlaufen, und den hat das Kompetenzzentrum gebildet. Dann kann es funktionieren.

Abg. **Saskia Buschmann** (CDU): Ich habe eine Frage zu der erwähnten Nachbereitung. Kann ich davon ausgehen, dass die Nachbereitung nicht nur ausschließlich der Optimierung des Einsatzfalls dient, also bezogen ist auf die Fragen, wo die Katastrophenschutzbehörden gegebenenfalls noch besser werden oder noch besser zusammenarbeiten könnten und wo es noch Optimierungsbedarf gibt? Kann ich davon ausgehen, dass sich aus dieser Nachbereitung auch Potenziale

ergeben, wo Prävention im Sinne von Deichbau und Ähnlichem erfolgen kann, sodass man dort wieder vor die Lage kommt.

Wir haben vorhin häufig gehört, dass wir als Staat gern vor der Lage sind, um solche Hochwasserereignisse zukünftig in entsprechende Bahnen lenken zu können. Ich glaube, dass wir klug beraten sind, wenn wir den Hochwasserschutz zusammen mit dem Küstenschutz denken. Denn dort stellen sich ganz besondere Herausforderungen, auch da viele Bereiche an der Küste deutlich unter oder bei Normalnull liegen, das heißt, dort hat man gegebenenfalls auch mit Wasser von außen große Probleme. Das ist dieses Mal Gott sei Dank ausgeblieben.

LBrD **Rohrberg** (MI): Meine Ausführungen - da bitte ich um Verständnis - sind schwerpunktmäßig natürlich auf die Gefahrenabwehr und das interdisziplinäre Wirken der Blaulichtfamilie ausgerichtet. Aber ich sprach vorhin von einer ganzheitlichen Betrachtung, und natürlich darf man - ich glaube, das kam heute auch hinreichend rüber - eben nicht nur die Gefahrenabwehr betrachten, sondern es gehört auch der bauliche Hochwasserschutz dazu. Dafür bin ich zwar nicht zuständig, aber ich nehme das gern mit.

**Niedersächsisches Ministerium
für Inneres und Sport**

Nds. Ministerium für Inneres und Sport, Postfach 221, 30002 Hannover

Vorsitzende des Ausschusses für Inneres und Sport
im Niedersächsischen Landtag
Frau Doris Schröder-Köpf
Hannah-Arendt-Platz 1
30159 Hannover

Bearbeitet von: Herrn Steuer

Ihr Zeichen, Ihre Nachricht vom	Mein Zeichen (Bei Antwort angeben) 23.14 – 12334/90	Durchwahl Nr. (05 11) 1 20- 6527	Hannover 23.02.2024
---------------------------------	--	-------------------------------------	------------------------

**35. Sitzung des Ausschusses für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages vom
18.01.2024 – TOP 1 (Unterrichtung durch die Landesregierung über polizeiliche Einsatzlagen);
Ergänzung der Unterrichtung**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

die nachfolgenden Fragen konnten im Rahmen der o.g. mündlichen Unterrichtung des AfluS nicht direkt in der Sitzung beantwortet. Daher wird hiermit noch die Beantwortung zu diesen Fragen wie folgt nachgereicht:

1. Wie viele der Beschuldigten in den landesweit 54 Ermittlungsverfahren im Kontext von Gewalt gegen Einsatzkräfte waren alkoholisiert?

Eine retrograde Auswertung dieser Daten im polizeilichen Vorgangsbearbeitungssystem ist nicht möglich. Zur fort dauernden Betrachtung auch unterjähriger Entwicklungen und von Phänomenen welche in der PKS keine Berücksichtigung finden, werden u. a. sog. Eingangsdaten genutzt, welche händisch über das Auswertesystem NA2.0 erhoben werden. Diese Daten entsprechen dabei jeweils einer tagesaktuellen Momentaufnahme, unterliegen somit ständigen Schwankungen und sind nicht reproduzierbar. Ein Vergleich mit dem PKS-Datenmaterial ist vor diesem Hintergrund grundsätzlich nicht möglich.

Anhand polizeilicher Erfahrungswerte ist es jedoch wahrscheinlich, dass im Zusammenhang mit den Feierlichkeiten am Jahreswechsel ein überwiegender Teil der Beschuldigten alkoholisiert war.

Dienstgebäude/
Paketanschrift
Schiffgraben 12
30159 Hannover

Telefon
(05 11) 1 20-0
Telefax
(05 11) 1 20-65 50

Nach Dienstschluss:
(05 11) 1 20-61 50

E-Mail
poststelle@mi.niedersachsen.de

Überweisung an Niedersächsische Landeshauptkasse Hannover
Konto-Nr. 106 035 355
Norddeutsche Landesbank Hannover (BLZ 250 500 00)
IBAN DE4325050000106035355
BIC NOLADE2HXXX

2. Wie hoch ist die Anzahl der Beschuldigten im Zusammenhang mit den Angriffen aus einer Menschenmenge am Jonaplatz in der Silvesternacht in Göttingen?

Wegen der Angriffe auf dem Jonaplatz hat die Polizeidirektion Göttingen insgesamt elf Ermittlungsverfahren eingeleitet. Zu diesen sind sechs Personen polizeilich zweifelsfrei identifiziert. Weitere fünf Tatverdächtige sind bislang unbekannter Identität.

Bei der Staatsanwaltschaft Göttingen sind bisher zwei Ermittlungsverfahren gegen jeweils eine identifizierte beschuldigte Person zur Eintragung gelangt. Die Ermittlungen dauern an. Darüber hinaus sind vier Verfahren gegen unbekannte Täter ins staatsanwaltliche Register eingetragen worden. (Stand: 06.02.2024).

3. Wie hoch ist die Anzahl der Beschuldigten im Zusammenhang mit den Angriffen auf Stadtbahn, Feuerwehr und Abschlepper in der Silvesternacht in Laatzen?

Zu dem Angriff auf die Straßenbahn sind aktuell noch keine Tatverdächtigen namentlich bekannt. Nach bisherigen Zeugenaussagen sollen sechs unbekannte Personen an der Tat beteiligt gewesen sein. Dieses Verfahren ist bislang nicht bei der Staatsanwaltschaft Hannover eingegangen (Stand: 13.02.2024).

Das Verfahren wegen der Angriffe auf Feuerwehrkräfte und auf den Mitarbeiter eines Abschleppdienstes sowie eines Steinwurfs auf einen Polizeibeamten liegt der Staatsanwaltschaft Hannover vor und richtet sich gegen neun namentlich bekannte Beschuldigte. Bei den Beschuldigten handelt es sich um fünf Jugendliche und vier Heranwachsende im Alter zwischen 15 und 19 Jahren. Gegen einen Heranwachsenden, der an allen drei Vorfällen beteiligt gewesen sein soll, hat das Amtsgericht Hannover Haftbefehl wegen des dringenden Tatverdachts des gemeinschaftlichen Landfriedensbruchs (im besonders schweren Fall) in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung und tätlichen Angriffs auf Personen, die Vollstreckungsbeamten gleichstehen, sowie wegen gemeinschaftlicher gefährlicher Körperverletzung und tätlichen Angriffs auf Vollstreckungsbeamte in Tateinheit mit versuchter gefährlicher Körperverletzung erlassen.

Der Beschuldigte befindet sich seit dem 06.02.2024 in Untersuchungshaft. An diesem Tag wurden aufgrund zuvor erlassener Durchsuchungsbeschlüsse die Wohnungen aller neun Beschuldigten durchsucht. Die Ermittlungen dauern an.

An dem Angriff auf das Feuerwehrfahrzeug waren nach derzeitigem Ermittlungsstand insgesamt rund 30 Personen und an dem Angriff auf den Abschleppwagen 8 Personen beteiligt. Zwei der acht

verdächtigen Personen sind namentlich bekannt und sollen auch an dem Angriff auf das Feuerwehrfahrzeug beteiligt gewesen sein. Auch hier dauern die Ermittlungen an.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrage

gez.

Axel Brockmann

Landespolizeipräsident